

forum

WÄHLEN
GEHEN

Personalratswahlen 2016
Alle GEW-KandidatInnen
+ Wahlinfos

+++ LANDESGEWERKSCHAFTSTAG BESCHLIESST +++ TARIFKONFERENZ +++
IN FORM EINES STREIKTAGES +++ VOR DEN HERBSTFERIEN +++ SIEHE SEITE 39 +++

Niemals geht man so ganz und jedem Neuanfang wohnt ein Zauber inne

Die bisher der „forum“-Redaktion zugehörigen KollegInnen Martina Brauckmann-Kleis, Helga Löbber, Hildegard Merten, Klaus Minartz und Wolfgang Hardenacke werden ihre Verantwortung nach jahrelanger Tätigkeit sozusagen an die nächste Generation weitergeben. Wir bedanken uns an dieser Stelle sehr herzlich für die geleistete Arbeit und die viele Zeit, die dafür geopfert worden ist. Natürlich freuen wir uns über weitere Artikel der o.g. KollegInnen!

Bei jedem Neubeginn stellt sich die Frage nach dem Sinn und Ziel des eigenen Handelns, wobei uns der Titel unserer Mitgliederzeitung schon die Richtung vorgibt: Auf dem *forum* (lat.: Marktplatz) wurden die Belange diskutiert, die die Menschen umtrieben. Am Ende einer jeden – gerne auch kritisch aber bitte immer solidarisch – geführten Auseinandersetzung sollten gemeinsam zu tragende und tragbare Entscheidungen stehen. Genau diesen Beitrag wollen wir mit dem „forum“ der 5.323 Mitglieder starken Kölner GEW leisten. Hinzu kommen die KollegInnen, die in der GEW Rhein-Berg organisiert sind und ebenfalls das „forum“ beziehen.

Dabei soll den Beiträgen unserer Mitglieder besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Wir möchten alle Fachgruppen, Arbeitskreise, Betriebsgruppen aber auch die Einzelmitglieder motivieren, eigene Beiträge, Berichte, Gedanken, Kritik oder Hinweise auf Probleme zu liefern, die von allgemeinerem Interesse für uns alle sind.

Wenn man schon ein eigenes Medium hat, das man unabhängig verbreiten kann, dann sollte diese Möglichkeit nicht ungenutzt bleiben.

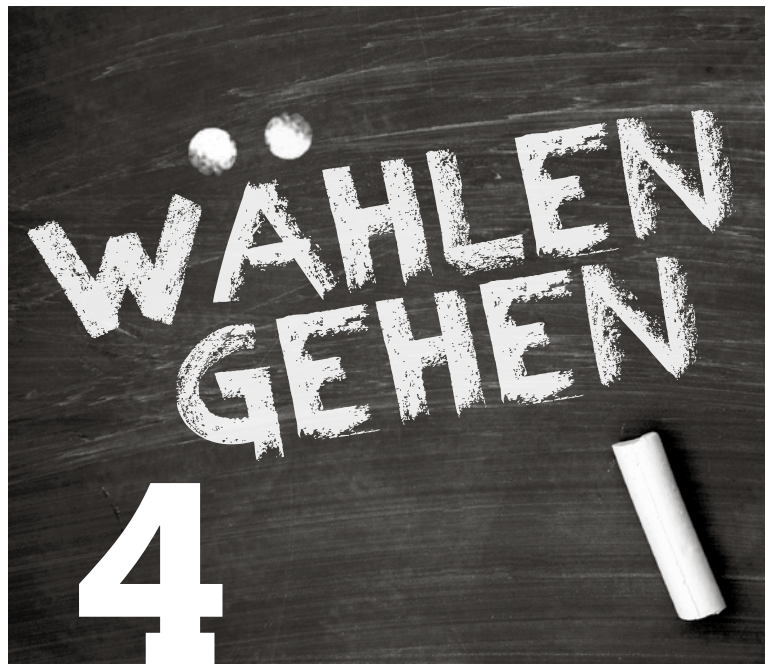
Wer in der Redaktion mitarbeiten möchte, ist herzlich willkommen und melde sich bitte in der Geschäftsstelle.

In diesem Sinne freuen wir uns auf die künftige Zusammenarbeit und eure Beiträge!

*Im Namen der Interims-Redaktion grüßt euch sehr herzlich
der noch bis Mai 2016 amtierende GA*

forum 3-2016

Personalratswahl 2016	4
Wahl-ABC	5
Grundschule	6
Hauptschule	9
Realschule	10
Gymnasium	11
Gesamtschule	12
Förderschule	14
Berufskolleg	16
Schulpolitik	17
Inklusion	18
Das sagen Sonderpädagogen	18
Kölner Kampagne Inklusion	20
COPSOQ-Fachtagung	20
COPSOQ-Auswertung Schulberichte	22
Flüchtlingspolitik	23
Ein Leserbrief	23
Position Kölner Gewerkschaften	24
Kommentar	26
Fachtagung, Termine	27
Wahlkampf USA	28
Recht	30
GEW intern	31
Junge GEW	31
Interview mit Klaus Minartz	32
Interview mit Wolfgang Raabe	34
RuheständlerInnen	36
HiB, Tarifbeschäftigte Demo	38
Tarifbeschäftigte Konferenz	39
Fachgruppen/Arbeitskreise	40



Auf unserer Kölner Internet-Seite www.gew-koeln.de oder auf www.gew-nrw.de sind aktuelle Informationen, Newsletter, Kommentare und Archivmaterialien zu allen bildungspolitischen Aspekten abrufbar. Nach der Eingabe des Benutzernamens (mit großem Anfangsbuchstaben) und der Mitgliedsnummer (sie hat 10 Ziffern und beginnt in NRW mit einer 4, sie steht auf dem Mitgliedsausweis oder auf dem Adressaufkleber der NDS) stehen alle Daten vollständig zur Verfügung. Ebenso können auf der Kölner Homepage die forum-Ausgaben ab Nr. 5-2004 als pdf-Datei heruntergeladen werden.

IMPRESSUM

Herausgeber
Gewerkschaft
Erziehung und Wissenschaft
Stadtverband Köln
Hans-Böckler-Platz 1
50672 Köln
Erscheint fünfmal im Jahr
Bezugspreis: 1,25 Euro.
Für GEW-Mitglieder ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Leserbriefe geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion wieder.

Redaktion: Eva Hering,
Guido Schönian (verantwortlich),
Jutta Jilg, Ines Bartenstein

Geschäftsstelle:
Montag bis Donnerstag:
10 bis 16 Uhr
Freitag 12 bis 16 Uhr
Telefon 02 21 51 62 67
Telefax 02 21 52 54 46

Homepage: www.gew-koeln.de
E-Mail: kontakt@gew-koeln.de
Konto: SEB
IBAN DE03 3701 0111 1320 7321 01

TELEFONISCHE RECHTSBERATUNG

02 21 51 62 67

Montag und Donnerstag
17.00 bis 19.00 Uhr
und nach Vereinbarung

In den Ferien:

Landesrechtsschutzstelle
02 01 29 04 03 37

Druck: Zimmermann GmbH, Köln

Vertrieb: GWK, Köln

Layout: Atelier Goral, Köln

Titelfoto: Cherries/fotolia

Redaktionsschluss nächste

Ausgabe: 1. Juli 2016



WAHLEN GEHEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

spätestens im Mai erreichen euch die Wahlunterlagen für die Personalratswahlen.

Wir sind stolz darauf, dass die GEW in den Bezirkspersonalräten der verschiedenen Schulformen sich in den vergangenen Jahren konsequent für die Beschäftigten eingesetzt und Erfolge für sie erreicht haben. Jetzt kommt es darauf an, dass diese erfolgreiche Arbeit weitergeführt werden kann.

Dafür benötigen die KandidatInnen eure Unterstützung, indem ihr mit eurer Stimmabgabe für ein gutes Abschneiden der GEW-KandidatInnen sorgt.

Auf den nächsten Seiten stellen wir euch die Kölner PersonalratskandidatInnen der einzelnen Schulformen vor. Sie benennen stichwortartige Schwerpunkte ihrer Arbeit in der nächsten Amtsperiode und Themen, für die sie sich besonders einsetzen werden.



Personalrat, Lehrerrat, Hauptpersonalrat – ABC der Vertretungsorgane

Der Personalrat. Jede Schulform hat einen LehrerInnen-Personalrat, der die Interessen der Beschäftigten gegenüber der Bezirksregierung vertritt. Weil die Schulen in NRW in fünf Bezirke aufgeteilt sind, gibt es in jedem dieser Bezirke Personalräte für die einzelnen Schulformen. Eine Ausnahme bilden die Grundschulen. Die sind der unteren Schulaufsichtsbehörde – dem Schulamt – unterstellt und deshalb gibt es in jedem Schulamtsbezirk zusätzlich einen örtlichen Personalrat.

Die Personalräte haben unterschiedliche Einflussmöglichkeiten. So bestimmen wir etwa bei der Einstellung mit, steht uns bei Ausschreibungen ein Mitwirkungsrecht zu und manchmal haben wir nur ein Anhörungsrecht. Der Personalrat gibt zum Beispiel bei der Überprüfung der Dienstfähigkeit nach langer Krankheit eine Stellungnahme ab und unterstützt KollegInnen, die noch nicht in Pension gehen wollen, durch Gespräche mit der Bezirksregierung.

Wofür sind wir zuständig? Neben allem, was mit der Einstellung zu tun hat (Auswahlgespräche, Einstufung, Eingruppierung, Problemen bei der Verbeamtung) kümmern wir uns um Versetzungswünsche, Beförderung, Laufbahnwechsel, Entfristung von langjährig beschäftigten Vertretungskräften und Fortbildungen. Wir beantworten Fragen zur Elternzeit, zu Beurlaubungen. Wir sind für unsere KollegInnen da, wenn es um Probleme bei längerer Krankheit geht, um Beratung hinsichtlich Altersteilzeit und Wege in den Ruhestand. Wir beraten und begleiten KollegInnen auf Wunsch zu Dienstgesprächen bei der Bezirksregierung und helfen bei allen dienstlichen Angelegenheiten. So kommt es auch vor, dass KollegInnen uns um Unterstützung bitten bei Gesprächen mit der Schulleitung. Ein weiteres Aufgabenfeld ist der Arbeits- und Gesundheitsschutz.

Wir sind zur Verschwiegenheit verpflichtet und handeln dann, wenn wir von KollegInnen dazu beauftragt werden.

Der Lehrerrat, der übrigens genau wie Personalrat und Hauptpersonalrat für vier Jahre gewählt wird, vertritt die Angelegenheiten des Kollegiums gegenüber der Schulleitung. Er hat nach Schulgesetz eine Mittlerrolle. Die Schulleitung ist verpflichtet, ihn umfassend über alle Angelegenheiten des Kollegiums zu informieren und ihn anzuhören.

Mit der Übertragung einiger Dienstvorgesetztaufgaben von der Bezirksregierung auf die Schulleitungen haben die Lehrerräte mehr Beteiligungsrechte bekommen. Zum Beispiel müssen sie bei der Anordnung von vorhersehbarer Mehrarbeit durch die Schulleitung um Zustimmung gefragt werden.

Bei den Schulen, bei denen die SchulleiterInnen die erweiterten Dienstvorgesetzeneigenschaften haben, – und davon gibt es nicht viele – übernimmt der Lehrerrat weitere Aufgaben des Personalrats.

Die Zusammenarbeit von Lehrerräten und Personalräten ist sehr wichtig. Der Lehrerrat kennt die Probleme vor Ort und kann den Personalrat informieren und beauftragen, wenn das nötig wird. Die Personalräte sind auf die Informationen der Lehrerräte angewiesen, wenn sie sich zum Beispiel ein umfassendes Bild von den Verhältnissen vor Ort machen wollen.

Der Hauptpersonalrat. Jede Schulform hat einen Hauptpersonalrat, die beim Ministerium gebildete Interessenvertretung der Lehrkräfte. Er befasst sich mit landesweiten Regelungen und Erlassen und hat dabei umfängliche Mitbestimmungs-, Mitwirkungs- und Anhörungsrechte. Die Hauptpersonalräte beraten die Beschäftigten in allen dienstlichen Angelegenheiten.

Der Hauptpersonalrat verhandelt die Fälle als Stufenvertretung, wenn sich die Personalräte und die Bezirksregierung nicht einigen können.

Bezirkspersonalräte und Hauptpersonalräte arbeiten eng zusammen. Das ist sehr wichtig im Hinblick auf den Informationsaustausch und die Koordination. Die Wahl der Hauptpersonalräte findet gleichzeitig mit den Wahlen der Bezirkspersonalräte statt.

Jede Stimme zählt, wählen Sie GEW!





Wählen Sie mit allen drei Stimmen (HPR, BPR, ÖPR) die GEW – Liste 1!

Platz 1: **Isabell Gödde-Werth**, GGS Freiligrathstraße, Lehrerin, Platz 6 auf der HPR-Liste

Platz 2: **Martina Schütte**, GGS Halfengasse, Sonderpädagogin, Platz 11 auf der HPR-Liste

Platz 3: **Norma Kraft**, GGS Altonaer Straße, Lehrerin

Platz 4: **Thomas Ridder-Padberg**, GGS Görlinger Zentrum, Diplomsozialpädagoge

Platz 5: **Elke Hoheisel-Adejolu**, GGS Ketteler Straße, Lehrerin

Platz 6: **Ali Dogan**: GGS Bernkasteler Straße, Lehrer für herkunftssprachlichen Unterricht

Platz 7: **Regina Reisenauer**, GGS Lindenbornstraße, Schulleiterin

Platz 8: **Katharina Wollenschein**, GGS Nibelungenstraße, Lehrerin

Platz 9: **Anke Bieberstein**, GGS Weimarer Straße, Lehrerin

Platz 10: **Silke Knabel**, GGS Görlinger Zentrum, Sonderschullehrerin im GL

Platz 11: **Johanna Bohr**, GGS Vogelsanger Straße, Lehrerin

Platz 12: **Melina Bücker**, GGS Schmittgasse, Lehrerin

Platz 13: **Sylvia Reichenbach**, GGS Breslauer Straße, Sonderpädagogin

Platz 14: **Birten Gündüz**, GGS Lustheider Straße, Lehrerin für herkunftssprachlichen Unterricht

Platz 15: **Wolfgang Raabe**, GGS Kapitelstraße, Schulleiter (scheidet nächstes Schuljahr aus)

Platz 16: **Katja Nielsen**, GGS Lindenbornstraße, Lehrerin

Grundschule WAHL 2016

**Die erfolgreiche Arbeit des Kölner Grundschulpersonalrats fortsetzen
GEW wählen – Liste 1! Gewerkschaft wirkt!**

von **Isabell Gödde-Werth** (Vorsitzende des örtlichen Personalrats Grundschule Köln) und **Wolfgang Raabe** (Juli 2000 bis August 2015, Vorsitzender des örtlichen Personalrats Grundschule Köln)

In der Grundschule wird das Berufsfeld der Beschäftigten immer multiprofessioneller. Neben GrundschullehrerInnen gehören heute auch SonderpädagogInnen, SozialpädagogInnen, HSU-LehrerInnen und LehramtsanwärterInnen zum Kollegium. Alle diese Berufsgruppen vertreten wir als GEW-Per-

sonalräte engagiert und mit Nachdruck. Ein wichtiger Teil unserer Arbeit ist die umfassende und kompetente Beratung zahlreicher Kolleginnen und Kollegen zu schulrechtlichen Fragen und allen Problemen am Arbeitsplatz Schule. Dabei unterstützt uns die GEW-Rechtsschutzstelle in Köln. Durch regelmäßig erscheinende Personalratsinfos informieren wir alle KollegInnen in Grundschulen über wichtige und vor allem aktuelle Themen. Auf Initiative der GEW wurde ein Runder Tisch für Lehrerräte eingerichtet, bei dem alle zwei bis drei Monate über wichtige und dringende Fragen der Lehrerratsarbeit beraten und sich ausgetauscht wird. Die Teilnahme an Personalversammlungen konnte durch Schwerpunktreferate zu Themen wie VerA, Inklusion, Rechte der Lehrerkonferenz, Gesundheit am Arbeitsplatz Schule, sowie Übertragung der Dienstvorgesetzten-eigenschaften auf Schulleiter erheblich gesteigert werden. Diese für alle Kolleginnen und Kollegen verlässliche und kompetente Interessenvertretung wollen wir auch in den nächsten vier Jahren fortsetzen! Daher kandidieren auf der GEW Liste für den örtlichen Personalrat Grundschule in Köln erfahrene GEW-PersonalrätInnen und weitere KollegInnen, die sich an ihren Schulen engagiert für die Interessen ihrer KollegInnen eingesetzt haben. Uns ist vor allem wichtig, dass sich auf unserer Liste auch das in Schulen zu findende multiprofessionelle Zusammenwirken der Beschäftigten widerspiegelt. So finden sich hier

neben GrundschullehrerInnen auch SonderpädagogInnen, SozialpädagogInnen und HSU-LehrerInnen. Neben BeamtInnen sind auch Tarifbeschäftigte vertreten. Ihre GEW-Personalräte werden Sie weiterhin zuverlässig unterstützen und bei Konflikten im Schulalltag qualifiziert beraten. Wir helfen Ihnen gerne, Ihre Anliegen, Interessen und Rechte besser durchzusetzen.

Ihre GEW-Personalräte setzen sich unter anderem ein für:

- Interessenvertretung gegenüber der Schulaufsicht und Begleitung zu Gesprächen mit der Schulaufsicht
- gute Arbeitsbedingungen an Grundschulen (gesunder Arbeitsplatz, Lärmreduzierung, etc.)
- schrittweise Senkung der Pflichtstunden auf 25 Wochenstunden
- keine Klassen über 20 Kinder
- Erhöhung der Anrechnungsstunden für das Kollegium auf mindestens 10 Stunden, für größere Grundschulen 0,7 Wochenstunden pro Grundstelle wie für weiterführende Schulen
- Anrechnungsstunden für Lehrerräte und AnsprechpartnerInnen für Gleichstellung
- Erhöhung der Vertretungsreserve auf 7 %
- Recht auf Fortbildung auch während der Unterrichtszeit
- Einführung der Altersteilzeit für tarifbeschäftigte LehrerInnen
- Wirkungsvolle Maßnahmen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz
- A13 / EG 13 für alle LehrerInnen an Grundschulen
- A14 / EG 14 für alle Schulleitungen an Grundschulen
- maximal 20 SchülerInnen in inklusiv arbeitenden Klassen bei maximal fünf SchülerInnen mit Förderbedarf
- durchgängige Doppelbesetzung in Klassen mit inklusivem Unterricht
- qualifizierte Fortbildungen für LehrerInnen in Seiteneinsteigerklassen
- Finanzierung von zusätzlichem Lern-, Förder- und Unterstützungsmaterial in Klassen mit inklusivem Unterricht
- Entlastung von zusätzlichen Aufgaben
- Abschaffung der Vergleichsarbeiten VerA
- Entlastung der Teilzeitbeschäftigten
- Einstellung von SozialpädagogInnen an allen Grundschulen
- zusätzliche feste Stellen für Lehrkräfte im herkunftssprachlichen Unterricht
- Aufhebung der finanziellen Benachteiligung von angestellten LehrerInnen durch gleichen Lohn für gleiche Arbeit
- eine mit qualifiziertem Personal und räumlich gut ausgestattete gebundene Ganztagschule
- Elternsprechtag während der Unterrichtszeit

Mit Ihrer Stimme wollen wir unsere erfolgreiche Arbeit für Sie fortsetzen!
Grundschulen brauchen starke Personalräte!

Unsere Kandidatinnen und Kandidaten für den Personalrat für Lehrerinnen und Lehrer an Hauptschulen



Hauptschule

Wir vertreten die Interessen aller HauptschullehrerInnen und SchulsozialarbeiterInnen des Regierungsbezirks Köln und insbesondere auch in Köln.

Gerade wegen der heftigen Veränderungen in unserer Schulform setzen wir uns als erfahrene und engagierte GEW-Personalräte dafür ein, dass für die Kolleginnen und Kollegen neue Perspektiven geschaffen werden und die Arbeitsbedingungen an den verbleibenden Schulen verbessert werden. Wir sind Ihre Interessenvertreter gegenüber der Bezirksregierung – wir unterstützen und beraten Sie:

- bei Fragen zur Mehrarbeit
- beim Arbeitsschutz
- bei Versetzungen und Abordnungen
- bei Fragen zur Rente/Pension
- bei Dienstgesprächen
- bei Wiedereingliederung (BEM)
- bei speziellen Fragen der SchulsozialarbeiterInnen

**Stark, kompetent und engagiert!
Deshalb: GEW wählen!**



Maria Backhaus



Sabine Foike-Philipps



Rolf Hasselkus



Barbara Hünning



Elke Kossmann



Katrin Reininghaus



Dietgard Schwarz



Erika Zerfin

Realschulen leisten gute Arbeit

Realschulen brauchen mehr Ressourcen

Trotz vieler Neuerungen und Schulstrukturveränderungen behauptet die Realschule ihren Platz. Für uns Realschullehrerinnen und Realschullehrer gehört der Umgang mit Heterogenität, wie der Unterricht von Kindern mit unterschiedlichen Schulformempfehlungen, Inklusion, Vorbereitungsklassen, Schulformwechslern und der schulische Ganzttag inzwischen zum Berufsalltag. Durch die Verdichtung der Arbeit lastet ein enormer Druck auf den Kolleginnen und Kollegen! Realschulen brauchen bessere Bedingungen und mehr Ressourcen für gute Arbeit. Hierfür setzen wir uns ein. Wir kämpfen für:

- Senkung der wöchentlichen Pflichtstunden auf 25,5 Stunden entsprechend der Sekundar- und Gesamtschulen und des Gymnasiums
- Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation
- Reduzierung der Klassengrößen
- Erhöhung der Anrechnungstunden
- Zusätzliche Möglichkeiten zur Weiterbildung

- Ausbau der Schulsozialarbeit
- Fortbildungsangebote für Lehrerinnen und Lehrer von Vorbereitungsklassen und entsprechende Ressourcen
- Deutliche Verbesserung der Rahmenbedingungen für das gemeinsame Lernen, damit die Umsetzung der Inklusion gelingt. Wir kämpfen für mehr Personal, Zeit, bauliche Veränderungen, Fortbildungen, durchgängige Doppelbesetzung statt Stellenbudgetierung!
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Wir kämpfen weiter für einen besseren Tarifvertrag!
- Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch einen angemessenen Einsatz von Teilzeitlehrkräften
- Arbeits- und Gesundheitsschutz an der Schule
- Weiterführung der Altersteilzeit für beamtete und tarifbeschäftigte Lehrerinnen und Lehrer

Im Regierungsbezirk Köln sind 39 von insgesamt 119 Realschulen vom Auslaufprozess betroffen. In dieser Umbruchsituation brauchen die Beschäftigten starke und



Sascha Klupsch

verlässliche GEW-Personalräte, die sie mit Nachdruck während des Auslaufzeitraumes unterstützen.

Wir bringen Ihre persönliche Situation zur Geltung, indem wir Sie hinsichtlich Ihrer individuellen Zukunftsplanung beraten, Sie auf Ihren Wunsch hin bei Perspektivgesprächen begleiten und auf Sozialverträglichkeit bei Versetzungen und Abordnungen achten.

Nach 4 Jahren erfolgreicher und engagierter Arbeit treten wir für die Personalratswahlen 2016 an. Wir sind Ihre Ansprechpartner bei Problemen mit Schulleitung oder Bezirksregierung und vertreten offensiv Ihre Interessen. Wir beraten Sie bei Konflikten im Schulalltag und lassen Sie nicht alleine! Gewerkschaft wirkt!



Die GEW am Gymnasium –

Unser Programm für die Personalratswahl 2016

Liebe Kolleginnen und Kollegen an den Gymnasien,

nach 4 Jahren engagierter, kompetenter und erfolgreicher Personalvertretung durch die Personalrätinnen und Personalräte der GEW bei der Bezirksregierung Köln treten wir mit einem bewährten Team für die Wahl 2016 an. Unser Schwerpunkt dabei ist die Forderung nach deutlich mehr Zeit für Bildung durch eine klare Reduzierung der Belastungen für Kolleginnen und Kollegen an den Gymnasien und Weiterbildungskollegs im Regierungsbezirk Köln und in ganz NRW sowie nach mehr Flexibilität am Gymnasium.

Daher kämpfen wir für:

- Senkung der Pflichtstunden, echte Vertretungsreserve und deutliche Erhöhung der Entlastungsstunden!
- Ende der Mehrarbeit als systemisches Prinzip der Unterrichtsversorgung!
- Flexibilisierung des Gymnasiums durch mehr Zeit in der Sekundarstufe I und einer offeneren Gestaltung der Oberstufe!
- Klare Entlastung bei Korrekturen durch eine verringerte Anzahl an Klassenarbeiten und Klausuren sowie vereinfachte Aufgabenformate!
- Zusätzliche Entlastung für Schulentwicklung und Schulorganisation!

- Angemessene Arbeits- und Ruheräume für Lehrkräfte!
- Ausbau der Schulsozialarbeit!
- Klare Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Lehrkräfte!
- Aktiven Gesundheitsschutz und Prävention, stärkere Berücksichtigung der Belange von Schwerbehinderten
- Inklusion nur mit entsprechendem Vorlauf, festen Klassengrößen und ausreichender personeller und räumlicher Ausstattung!
- Echte finanzielle Gleichstellung von Tarifbeschäftigten und Beamten!

Martin Pötz

Listenführer BPR Gy/WBK Köln



1. Martin Pötz
2. Alexander Fladerer
3. Heike Wichmann
4. Gudrun Skeide-Panek
5. Andreas Haenlein



Werner Balfer, GE Holweide
Themen: Datenschutz, Besoldung



Ines Bartenstein, Max-Ernst- GE
Themen: BEM, Ruhestand



Christina Hurtz, GE Mülheim
Themen: Lehrerrat, Neugründung

Die Kölner KandidatInnen für den Personalrat Gesamtschule, Gemeinschaftsschule, Sekundarschule und PRIMUS-Schulen

Inklusion: gibt es nicht zum Null-Tarif.

Mit dem 9. Schulrechtsänderungsgesetz hat die Landesregierung begonnen, das Schulsystem in NRW zu einem inklusiven Schulsystem umzubauen ohne Qualitätsstandards einzubeziehen. Bei der Umsetzung kritisierten LehrerInnen schon früh die unzureichende Ausstattung und die fehlenden Ressourcen. Bestärkt wurden sie durch die SchulleiterInnen, die in einer repräsentativen Umfrage der GEW im letzten Herbst (s. auch NDS 12/15) ebenfalls die unzureichende sachliche und personelle Ausstattung der Schulen beanstandeten.

Folgende Gelingensbedingungen sind für die GEW und ihre Personalräte für eine erfolgreiche Inklusion an den Schulen unabdingbar:

Multiprofessionelle Teams: In inklusiven Klassen arbeiten neben Regelschullehrkräften und SonderpädagogInnen TherapeutInnen, SozialpädagogInnen, IntegrationshelferInnen.

Doppelbesetzung: in inklusiven Lerngruppen mit höchstens 5 SchülerInnen mit sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf. Um die Qualität der individuellen Förderung in inklusiven Klassen zu gewährleisten, braucht es eine Doppelbesetzung.

Zeitressourcen: Die Arbeit in multiprofessionellen Teams erfordert Kooperationszeiten zu Absprachen und Vorbereitung. Die Anzahl der LWST für die Arbeit in inklusiven Klassen ist zu senken.

Kleinere Klassen: Um individuelle Förderung in Klassen des gemeinsamen Lernens zu gewährleisten, müssen die Klassen deutlich verkleinert werden.

Mehr Lehrkräfte für sonderpädagogische Förderung: Die Schüler-Lehrer-Relation für SonderpädagogInnen in Regelklassen muss sich an den Förderschulen orientieren.

Transparentes Aufnahmeverfahren: Verlässliche Rahmenbedingungen müssen schon bei der Aufnahme gegeben sein, um größtmögliche Förderung zu ermöglichen.

Räumlichkeiten: Die Arbeit in inklusiven Klassen benötigt zusätzliche Räumlichkeiten zur Differenzierung



Frauke Jakobs, GE Porz
Themen: Elternzeit, Teilzeit



Annette Schmidt, GE Porz
Themen: Versetzung, LBW



Peter Heim, GE Holweide
Themen: Tarifbeschäftigte, Inklusion

und fächerunabhängige Angebote. Ein barrierefreier Schulalltag ist zu ermöglichen.

Gleichmäßige Beteiligung aller Schulen und Schulformen am Gemeinsamen Lernen.

SonderpädagogInnen sind keine HilfslehrerInnen

Mit der Umsetzung der Inklusion verändert sich der Arbeitsplatz und die Rolle der SonderpädagogInnen. Durch unterschiedliche Gegebenheiten vor Ort sehen sie sich zahlreichen neuen Aufgaben und Problemen gegenüber:

- Sie sind oft an mehreren Schulen eingesetzt und haben keine Zeit für notwendige Kooperation.
- Fahrtzeiten werden nicht auf ihre Arbeitszeit angerechnet
- Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit verlagert sich mehr auf die Beratung von Lehrkräften im Regelsystem, ohne dass sie dafür ausgebildet wären.

- z.T. werden sie nicht als vollwertige Lehrkräfte, sondern eher als Hilfslehrkräfte eingesetzt.

Wenn Inklusion gelingen soll, müssen SonderpädagogInnen gemeinsam mit Regelschullehrkräften für den Lernerfolg und die Persönlichkeitsentwicklung der SchülerInnen verantwortlich sein können. Dies gelingt, wenn sie die notwendige Beziehungsarbeit mit allen SchülerInnen ihrer Lerngruppen nachhaltig leisten. Eine stundenweise Abordnung ist hier kontraproduktiv.

Wir Kölner KandidatInnen für den Personalrat Gesamtschule, Gemeinschaftsschule, Sekundarschule und PRIMUS-Schulen sehen einen Schwerpunkt unserer Arbeit in der kommenden Amtsperiode in der Verbesserung der Inklusionsbedingungen. Dafür werden wir uns einsetzen.



Sevinc Celibi, Willi-Brandt-GE
Thema: Ausländische KollegInnen



Marion Nowotny

Umfangreiches Fachwissen im Bereich der Personalvertretung durch langjährige Personalratserfahrung, seit dem Referendariat in der GEW. Ich leite die Bezirksfachgruppe Sonderpädagogische Berufe. Meine Stammschule ist die Wilhelm-Leyendecker-Schule.



Christiane Balzer

Seit langer Zeit in der GEW aktiv, unter anderem im Vorstand der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe, und im Geschäftsführenden Ausschuss, dadurch auch gut vernetzt mit Lehrkräften anderer Schulformen. Seit vielen Jahren bin ich im Personalrat tätig. Als Lehrerin arbeite ich an der FÖS ES Lindweiler Hof.



Heiner Brokhhausen

Tarifbeschäftigter Sonderpädagoge an der FÖS ES Zülpicher Straße. Langjährige Tätigkeit als Vorsitzender des Lehrerrates; seit 25 Jahren aktiv in der GEW und im Vorstand der Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe. Erfahrung in der Personalratsarbeit auf ÖPR Ebene und im Bezirkspersonalrat.



Esther Brandt

Seit Studienzeiten GEW-Mitglied und langjährige Vorsitzende des Lehrerrates, Mitglied des Wahlvorstandes für die Personalratswahlen 2016, tätig an der FÖS LE Finkenberg-Schule. Für die Belange der Beschäftigten möchte ich mich zukünftig im Personalrat engagieren.

Gewerkschaft wirkt

Kölner Kandidatinnen und Kandidaten für den Bezirkspersonalrat

FÖRDERSCHULE UND SCHULE FÜR KRANKE

Wir setzen uns ein für

- Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Dazu gehört auch die kritische Begleitung der COPSOQ- Ergebnisse. Steigende BEM Zahlen zeigen die Belastung der Lehrkräfte
- Angemessenen Arbeitseinsatz für Teilzeitbeschäftigte
- Gerechte Bezahlung der tarifbeschäftigten Lehrkräfte
- Bessere Arbeitsbedingungen an Förderschulen und im Gemeinsamen Lernen
- Stärkung der Kolleginnen und Kollegen in der sich wandelnden inklusiven Schullandschaft
- Gestaltungsmöglichkeiten der eigenen Arbeitsbedingungen durch Beratung zu Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechten

Wir informieren und beraten zu

- Elternzeit und Beurlaubungen
- Versetzungen und Abordnungen
- BEM und Zur-Ruhe-Setzungen
- Amtsärztlichen Untersuchungen
- Bei Bedarf können wir z.B. zu Dienstgesprächen unsere Begleitung anbieten
- Und vielen anderen Themen

Wir möchten euch weiterhin kompetent beraten und vertreten und die erfolgreiche Arbeit des Personalrates fortsetzen – bitte macht von eurem Wahlrecht Gebrauch.

Antrag der Kölner GEW- Fachgruppe Sonderpädagogische Berufe- auf der Personalversammlung der Beschäftigten an Förderschulen und Schulen für Kranke am 02.03.2016

Wir begrüßen die COPSOQ- Erhebung im Regierungsbezirk Köln ausdrücklich. Die psychosozialen Belastungen in unserem Beruf spüren alle Kolleginnen und Kollegen tagtäglich.

Da COPSOQ schon in mehreren Bezirken durchgeführt wurde, gibt es bereits übereinstimmende Ergebnisse, die wir auch für den Regierungsbezirk Köln vermuten.

Im Förderschulbereich zeigten sich im Vergleich mit anderen Schulformen als besonders hohe Belastungsfaktoren:

- Emotionale Anforderungen
- Work-Privacy-Conflict
- Störungen im Unterricht
- Weniger Unterstützung durch die Eltern
- Verbale Aggression
- Körperliche Gewalt

Damit die COPSOQ- Befragung einen echten Nutzen für Alle im Sinne eines nachhaltigen Arbeits- und Gesundheitsschutzes bringen kann, fordern wir das MSW und die BR auf, den Schulen

- Einen zusätzlichen Fortbildungstag pro Schuljahr zur Auswertung und Prävention, z.B. einen Gesundheitstag.
- sowie erforderliche Beratungs- und Unterstützungsangebote zur Verfügung zu stellen.

Dieser Antrag wurde ohne Gegenstimme angenommen.



Christiane Hahn (Tarifbeschäftigte), Jörg Buschmann (Beamter), Thomas Wesseler (Beamter), Anne Ruffert (Beamtin), Ruth Elsing (Beamtin), Dieter Schultheis (Tarifbeschäftigter), Cornelia Nieswandt-Espey (Tarifbeschäftigte), Manuel Klüser (Beamter), v.l.n.r.

Berufskolleg

Internationale Förderklassen

Bildung und Integration in Ausbildung und Arbeit sind für die GEW miteinander verbunden, möglichst bruchlose Lernbiographien bis hin zur beruflichen Bildung sind zu ermöglichen. Deshalb fordern wir:

- Einstellung zusätzlicher Lehrkräfte; Aus-, Fort- und Weiterbildungen in Deutsch als Fremd- bzw. Zweitsprache
- individuelle Förderung in internationalen Förderklassen mit maximal 12 Jugendlichen
- 1/2jährige Sprachangebote vor dem Einstieg in die berufliche Bildung
- Ausweitung der ausbildungsbegleitenden Hilfen
- Recht auf Schulbesuch bis zum 25. Lebensjahr
- Fortbildungen für die Lehrkräfte in den internationalen Förderklassen anhand der besonderen Erfordernisse in diesen Klassen

Wir verstehen die Bildung und Ausbildung der zugewanderten Jugendlichen als Chance für ein weltoffenes Lernen gegen eindimensionale Strukturen in den Klassen der Berufskollegs.

Inklusion

Gelingensbedingung für Inklusion und Teilhabe im Sinne der UN-Konvention ist der erfolgreiche Übergang der Jugendlichen mit besonderem Förder- und Unterstützungsbedarf in Ausbildung und Berufstätigkeit.

Zum Schuljahr 2016/2017 tritt nun das 9. Schulrechtsänderungsgesetz zur Umsetzung der Inklusion auch für die Berufskol-

legs in Kraft. Nach Vorstellung des MSW NRW wird der sonderpädagogische Unterstützungsbedarf für Jugendliche auf allgemeinen Berufskollegs nicht mehr ermittelt, sondern sogenannte multiprofessionelle Teams (Lehrkräfte, SonderpädagogInnen sowie SchulsozialarbeiterInnen) an den Schulen gebildet. Hierzu wurde in einem Gutachten ein Bedarf von knapp 700 zusätzlichen Stellen ermittelt. Im Jahr 2016 wurden allerdings nur 300 Stellen bewilligt, die in den Schulen zum Teil zur Abdeckung des „normalen“ Unterrichtsbedarfs verwendet werden. So kann Inklusion nicht gelingen! Deshalb fordern wir:

- eine pauschale zusätzliche Stellenzuweisung von 10 % für Inklusion
- eine Doppelbesetzung (FachlehrerInnen und SonderpädagogInnen) für Klassen mit hohem Anteil an InklusionsschülerInnen bei einer Klassengröße von maximal 20 SchülerInnen
- in der Ausbildungsvorbereitung und in Klassen nach §66 BBiG und §42m HWO Halbierung der SchülerInnenzahl
- Entwicklung multiprofessioneller Teams
- Einrichtung eines eigenständigen Bereichs „inklusive Bildung“ als Querschnittsaufgabe
- ausreichende Aus-, Fort- und Weiterbildungsangebote

Aktiver Gesundheitsschutz

Der überwiegende Teil der Belegschaft am Berufskolleg wird das reguläre Renten-/Pensionsalter geplant mit 67 Jahren erreichen. Viele KollegInnen machen sich ernsthaft Sorgen darüber, wie sie mit den

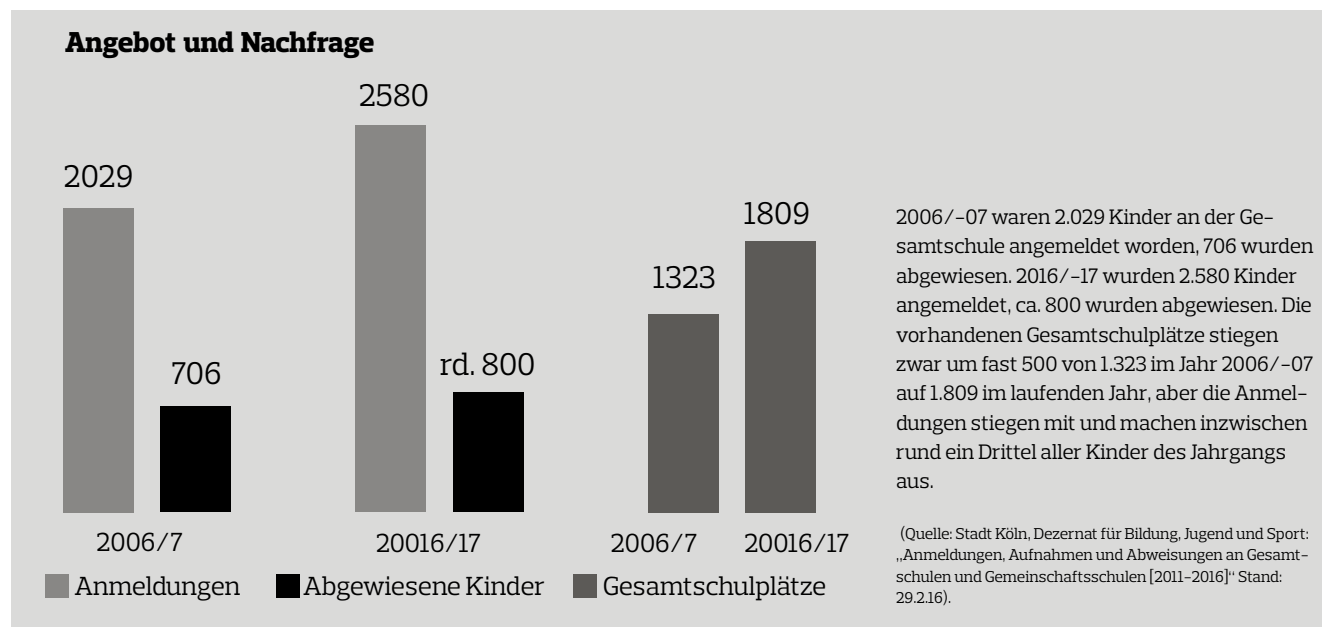
aktuellen Rahmenbedingungen an den Berufskollegs dieses Renteneintrittsalter erreichen sollen.

Das vorzeitige Ausscheiden aus dem Schuldienst aufgrund gesundheitlicher Gründe ist jedoch nicht nur für jeden Beschäftigten mit finanziellen Einbußen verbunden, sondern ist volkswirtschaftlich eine Fehlallokation mit erheblichen Finanzierungsproblemen für die Renten- und Pensionskassen bei Bund und Ländern.

Die aktuelle Diskussion um die dramatischen Zukunftsperspektiven unseres Rentensystems und die jüngsten Warnungen des Generalsekretärs der OECD („Deutschland bekommt ein Problem mit der Altersarmut“) lassen nur den vom DGB-Chef Reiner Hoffmann geforderten Schluss zu: „Wir müssen dafür sorgen, dass die Menschen länger gesund im Erwerbsleben bleiben und damit auch länger Beiträge zahlen können“ (oder die Pensionskassen langfristig entlasten - Anm.). Ob dies angesichts der derzeitigen Realität an den Berufskollegs gelingt, darf, nicht zuletzt aufgrund der COPSOQ-Auswertungen, stark bezweifelt werden. Die Auswertungsberichte nach COPSOQ dürfen nun nicht in den Schubladen von Bezirksregierungen und Schulleitungen verschwinden. Damit dieses Instrument des aktiven Gesundheitsschutzes seine Wirkung entfaltet, muss das Land die Rahmen- und Arbeitsbedingungen des Arbeitsplatzes in der Schule spürbar verbessern. Über unsere (Haupt-) Personalräte begleitet die GEW den Prozess zur Umsetzung von Entlastungsmaßnahmen.

Zweierlei Maß

Wenn Eltern für ihre Kinder einen Platz am Gymnasium wünschen, erhalten alle einen solchen Platz. Wenn Eltern für ihre Kinder einen Platz an der Gesamtschule wünschen, erhält ein Drittel von ihnen keinen Platz. Die Relationen sind über Jahre hinweg konstant geblieben.



VON ANNE RATZKI

Die Stadt misst mit zweierlei Maß. Sie baut die Gymnasien aus und verzögert Ausbau und Einrichtung weiterer Gesamtschulen. Ein Rechtsanspruch besteht weder auf einen Gesamtschulplatz noch auf einen Gymnasialplatz. Es ist allein die Entscheidung der Stadt Köln, welchen Eltern, welchen Kindern sie einen Platz an der gewünschten Schulform bietet. Keine andere Stadt in NRW weist regelmäßig ein Drittel der Anmeldungen an Gesamtschulen ab.

Interessant ist die Verteilung auf die Stadtbezirke. Dank der Recherche des Kölner Stadtanzeigers (KStA vom 17.2.2016) liegen bereits für die meisten Gesamtschulen Anmeldezahlen vor, die von der Verwaltung immer erst sehr viel später herausgegeben werden.

Etwas entspannt hat sich die Lage im Stadtbezirk Mülheim. Die Neugründung der Gesamtschule Mülheim und die Dellbrücker Gesamtschule als Teilstandort der Willy-Brandt-Gesamtschule in Höhenhaus haben Druck von der Gesamtschule Holweide genommen. Mülheim hat mit 567 Gesamtschulplätzen und einer Relation von einem Gesamtschulplatz auf 257 EinwohnerInnen die beste Versorgung mit

Gesamtschulplätzen im Stadtgebiet. Trotzdem mussten auch hier noch über 100 Kinder abgewiesen werden. Desolat ist die Lage in Ehrenfeld, wo die Gesamtschule in Bocklemünd mit 150 Ablehnungen mehr Kinder zurückweisen musste als sie aufnehmen konnte. Ehrenfeld gehört zu den am schlechtesten versorgten Stadtbezirken. 135 Gesamtschulplätze in Ehrenfeld bedeuten, dass ein Gesamtschulplatz auf 778 EinwohnerInnen kommt. Ebenso unterversorgt ist der Bezirk Innenstadt: Die neue Gesamtschule mit ihren 108 Plätzen musste 127 Kinder abweisen.

Ein weiteres Beispiel ist Chorweiler, das zwar über 216 Gesamtschulplätze verfügt und damit eine mittlere Relation von einem Gesamtschulplatz pro 374 EinwohnerInnen aufweist, aber mit 114 Ablehnungen in der Spitzengruppe steht. Hier ist der Wunsch nach Gesamtschulplätzen besonders groß. Die Gesamtschule Chorweiler hat über Jahre hinweg gezeigt, wie gut sie gerade auch Kinder mit Migrationshintergrund bis zum Abitur fördern kann. In Chorweiler ist das ein starkes Argument für die Gesamtschule. Die Auswirkungen der einseitigen Kölner Schulpolitik

zugunsten der Gymnasien zeigen sich auch in einem anderen Bereich: Auf Antrag der „Piraten“ im Rat hat die Verwaltung erhoben, wie es mit der „Kultur des Behaltens“ an Gymnasien steht. In den Jahren 2011 bis 2014/-15 wurden zwischen 429 und 516 SchülerInnen von Gymnasien und Realschulen an eine „niedrigere“ Schulform abgeschult. Den Aufstieg dagegen schafften von Jahr zu Jahr immer weniger: waren es 2011/-12 noch 88 SchülerInnen, so waren es 2014/-15 nur noch 41, also nur noch ca. 10% der „AbsteigerInnen“. (Quelle: Stellungnahme der Verwaltung zur Anfrage der Piraten AN/0066/2016 vom 29.2.2016).

Es ist offenkundig so, dass sich das Gymnasium als Schulform strukturell beharrlich weigert, Verantwortung für die aufgenommenen Kinder zu übernehmen und jedes Kind zu seinem bestmöglichen Abschluss zu führen, d.h. auch den Hauptschul- und Realschulabschluss anzubieten. Abschlüsse wären dann nämlich nicht mehr zu rechtfertigen. Ein Ausbau der Gesamtschulen würde die Zahl der Abschlüsse drastisch reduzieren und vielen Kindern diese demütigende Erfahrung ersparen.

„Inklusion braucht andere Bedingungen und Ressourcen“

Das *forum* hat mit drei Sonderpädagogen über ihre Erfahrungen und Eindrücke gesprochen, die sie an Regelschulen sammeln konnten. Zuvor hatten sie alle an Förderschulen mit den Schwerpunkten „Emotionale und soziale Entwicklung“ (ES) bzw. „Lernen“ (LE) gearbeitet. Einer von ihnen ist nun schon seit drei Jahren an einer „inkluisiven“ Gesamtschule tätig, die anderen beiden Kollegen arbeiten seit dem Schuljahr 2015/16 ebenfalls an einer Gesamtschule.

Um etwaigen Unannehmlichkeiten von Seiten des Dienstherrn vorzubeugen, haben die Kollegen darum gebeten, ihre Namen, die der Redaktion natürlich bekannt sind, nicht zu veröffentlichen. Das Gespräch führte Guido Schönian.

forum: *Da ja gerade erst die COPSQ-Befragung zur Belastung am Arbeitsplatz gelaufen ist, direkt zum Einstieg die Frage, was euch einfällt, wenn ihr eure Arbeit an der Förderschule mit der an der neuen Regelschule vergleicht.*

Das Arbeiten ist ganz anders als an der Förderschule! Es macht viel Spaß zu unterrichten. Die Gesamtschule ist unglaublich vielfältig in ihrem Unterrichtsangebot, der Unterricht mit den FachkollegInnen ist häufig sehr bereichernd. Was man aber auch sagen muss, ist, dass die Kommunikation in großen Systemen eine große Herausforderung darstellt. Die Präsenzzeit ist höher als an der Förderschule und es gibt viel zu tun. Sagen wir es mal so: Da gibt es noch viel Raum für Gestaltungsmöglichkeiten.

forum: *Aus welchem Grund habt ihr von der Förderschule an die Regelschule gewechselt?*

Unsere Stammschulen wurden bzw. werden geschlossen. Wir alle haben uns daraufhin für die Gesamtschule entschieden.

forum: *Wenn ihr an den Begriff „Inklusion“ und dessen Bedeutung denkt, seid ihr dann der Ansicht, dass die Reise, auf der wir uns mit unseren Kollegen, Schulträgern, Bezirksregierungen und dem MSW befinden, in die richtige Richtung geht?*

den haben. Ebenfalls halten wir alle den Fortbestand von Förderschulen für Kinder mit den Förderschwerpunkten „Emotionale und soziale Entwicklung“, „Sprache“ und „Lernen“ für sehr sinnvoll, da größere schulische Systeme nicht für alle Kinder einen geeigneten Förderort darstellen können. Einige Kinder benötigen einfach kleine und überschaubare Schulen mit kleinen Klassen und bekannten Personen.

Durch die Inklusion sollte, wie uns von allen Verantwortlichen gesagt wurde,



Vom Prinzip her halten wir alle einen Ausbau der Inklusion für sehr sinnvoll und wünschenswert, viele Kinder mit besonderem Förderbedarf können an der Regelschule gemeinsam mit anderen Kindern lernen und ihren Bedürfnissen entsprechend gefördert werden. Allerdings benötigt die Inklusion andere Bedingungen und Ressourcen, als die, die wir vorgefun-

nichts eingespart werden. Jedoch scheinen auch keine ausreichenden Investitionen in mehr Stellen für SonderpädagogInnen oder den bedarfsgerechten Umbau bzw. die Ausstattung von Schulgebäuden zeitnah getätigt zu werden. Wichtige Empfehlungen von Kommissionen, wie permanente Doppelbesetzungen von Inklusionsklassen wurden nicht befolgt, ob-

wohl dieses Prinzip langjährig erprobt und sich als sehr sinnvoll und effektiv erwiesen hatte. Vielmehr wurde der Lehrer-Schülerschlüssel für die SchülerInnen mit dem Förderschwerpunkt „Emotionale und soziale Entwicklung“ gesenkt, als man die drei Förderschwerpunkte „Lernen“, „Sprache“ und „Emotionale und soziale Entwicklung“ ohne sinnvolle Begründung unter dem Oberbegriff „Lern- und Entwicklungsstörungen“ zusammengefasst hat und ihnen den gleichen Lehrer-Schülerschlüssel zuwies.

Jeder, der schon einmal an einer ES-Schule gearbeitet hat, der hat erfahren, dass diese Schülerschaft einen wesentlich höheren Personalschlüssel benötigt als z.B. Kinder mit dem Förderschwerpunkt „Lernen“. Wir konnten bis jetzt keine pädagogisch sinnvolle Erklärung dafür finden, warum sich das in der Inklusion geändert hat. Solche bildungspolitischen Entscheidungen scheinen nur ökonomische Hintergründe zu haben.

Eine gute, an den individuellen Bedürfnissen der Kinder ausgerichtete Förderung scheint nicht im Fokus der Entscheidungsträger zu stehen. Inklusion be-

forum: *Leider ist unsere Seitenzahl begrenzt. Was wollt ihr unserer Leserschaft abschließend noch mit auf den Weggeben?*

Vielleicht kriegt man einen weiteren Einblick, wenn wir versuchen, einmal die Fragen zu formulieren, die wir selbst haben, sie uns aber auch nicht beantworten können:

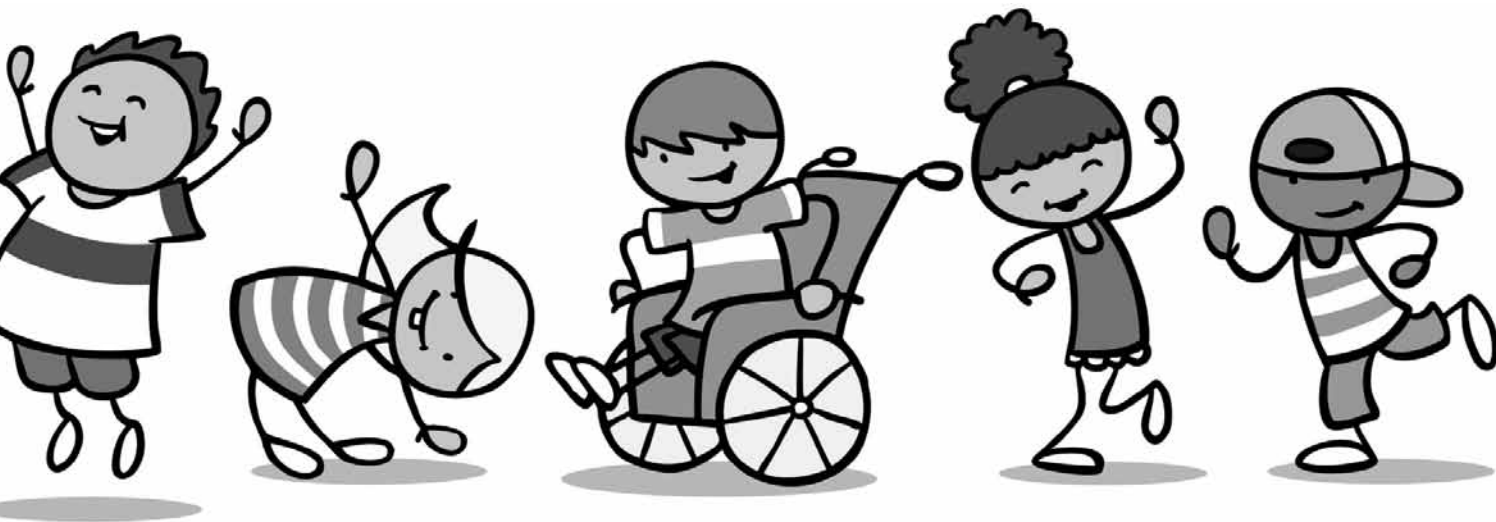
Warum wurde die Inklusion vornehmlich bei Kindern mit Lern- und Entwicklungsstörungen vorangetrieben z.B. durch Herabsetzung der Mindestschülerzahl dieser Förderschulen, welche die Schließung vieler kleiner Schulstandorte zur Folge hatte? Schulen für Kinder mit anderen Förderschwerpunkten waren von Schließungen eher selten betroffen. Warum, wenn wir Inklusion wollen?

Wie gewährleistet man eine optimale Förderung von Kindern, die z.B. im Bildungsgang „Lernen“ zieldifferent unterrichtet werden, wenn in der Regelschule keine permanente Doppelbesetzung vorhanden ist und keine speziellen, auf die Lernvoraussetzungen dieser Kinder ausgerichtete Lerngruppen gebildet werden sollen?

cherlich begrüßenswert, kann aber nicht mit der gleichen Anzahl von KollegInnen erfolgen. SchülerInnen mit besonderem Förderbedarf würden dann automatisch weniger Zuwendung in Form von Zeit für individuelle Förderung erhalten. Kann es sinnvoll sein, dass die Kinder mit Förderbedarf in der Inklusion ihr Recht auf besondere Förderung einbüßen und die sonderpädagogischen zusätzlichen Ressourcen zur Förderung auf alle SchülerInnen aufgeteilt werden?

forum: *Vielen, lieben Dank für eure Auskünfte, Informationen und Gedanken, die – bei allen berechtigten Hoffnungen und Wünschen, was Inklusion angeht, –sicherlich helfen, den Blick auf die konkreten Problemstellungen zu schärfen.*

KollegInnen, die den Austausch suchen oder über Probleme berichten möchten, die sie im Zusammenhang mit der sogenannten Inklusion im (Arbeits-)Alltag erleben, empfehlen wir den Besuch des „Schwarzbuch Inklusion“ im Internet (Klick auf den Button „Inklusion – aber richtig!“ auf www.gew-koeln.de) oder die Teilnahme an der „Kölner Kampagne In-



nötigt nun einmal mehr Geld als das spezialisierte Förderschulsystem. Jede Schule benötigt jetzt zusätzliches Fördermaterial, mehr Besprechungs- und Differenzierungsräume, Fortbildungen für KollegInnen und Schulleitungen, neue Unterrichtskonzepte und mehr Stellen für SonderpädagogInnen.

Warum orientiert sich die personelle Ausstattung von Schulen mit SonderpädagogInnen nicht mehr an der aktuellen Schülerzahl von Kindern mit Förderbedarf, warum wurde sie festgeschrieben? Wie sollen zukünftig die Förderzuständigkeiten organisiert werden, falls das AOSF kaum noch Anwendung findet? Individuelle Förderung für alle SchülerInnen ist si-

klusion“ (nächstes Treffen mit Schwerpunkt Aktionsvorbereitung: siehe Einladung auf Seite 21).

Aktuelles von der „Kölner Kampagne Inklusion“

Im August 2015 wurde sie vom Vorstand der Kölner GEW ins Leben gerufen, die „Kölner Kampagne Inklusion“ (KKI), mit der wir KollegInnen aller Schulformen aber auch ElternvertreterInnen und andere Betroffene bzw. Interessierte zusammenbringen wollen. Ein Ziel besteht darin, öffentlichkeitswirksam auf die Mängel hinzuweisen, die mit der sogenannten „Inklusion“ offenkundig einhergehen.

VON GUIDO SCHÖNIAN

Beim letzten Treffen der KKI waren KollegInnen der Schulformen Gesamtschule, Grundschule, Förderschule, Hauptschule und Realschule vertreten.

Die Diskussionen drehten sich in erster Linie um die Idee eines gemeinsamen Wandertags, der nun für den Herbst dieses Jahres avisiert wird und der dazu dienen soll, ein Zeichen zu setzen: In allen Schulformen drückt der Schuh! Wir wollen in die Öffentlichkeit gehen, diese Gelegenheit auch zum weiteren Austausch nutzen, für Fragen von PassantInnen zur Verfügung stehen und un-

sere Schülerschaft dabei nicht ausschließen bzw. exkludieren (was im Schulalltag leider viel zu oft der Fall ist).

Bis dahin ist allerdings noch einiges zu tun. Einzelne Schulen der verschiedenen Schulformen aber auch Kindertagesstätten und ähnliche Einrichtungen sollen abgefragt werden, ob und inwieweit Interesse an einer Teilnahme an dieser Aktionsidee besteht. Dabei wollen wir uns nicht nur an das pädagogische Personal sondern auch an die Schülervertretungen und Schulpflegschaften wenden.

Klar ist, dass wir nicht in den Verdacht geraten wollen, unsere SchülerInnen wie auch immer zu instrumentalisieren. Im Gegenteil soll im Fokus stehen, offen und transparent sowie mit besonderer Orientierung auf die, um die es im Endeffekt schließlich geht (die SchülerInnen!), auf mangelnde Ressourcen, zu große Lerngruppen, fehlendes Personal, zu wenig Doppelbesetzung etc. hinzuweisen. Umgekehrt soll auch die Frage geklärt werden, ob es irgendwo besser läuft, warum dies so ist und was andere daraus lernen können.

Der momentane Stand ist, dass drei Gesamtschulen als „Zugpferde“ dieser Aktion agieren sollen. Die Idee soll auf den nächsten Personalversammlungen der einzelnen Schulformen vorgestellt und die Bereitschaft zur Teilnahme soll abgefragt werden.

Beim kommenden Treffen der KKI (siehe Ankündigung auf Seite 21) soll eine Ideensammlung zur Aufrufgestaltung dieses gemeinsamen Wandertags erstellt werden.

Wir freuen uns auf eine rege Beteiligung von euch. Bitte verbreitet diese Idee und kommt zum nächsten Treffen der „Kölner Kampagne Inklusion“!



COPSOQ-Fachtagungen in Köln

Zum Thema: „COPSOQ - Rechte und Aufgaben des Lehrerrats - Auswertung der Schulberichte und Entwicklung von Maßnahmen zur Verbesserung der psychosozialen Arbeitsbedingungen“ bieten wir an zwei alternativen Terminen Fachtagungen an:

- **MONTAG, DEN 30. MAI 2016 IN KÖLN**
- **DONNERSTAG, DEN 16. JUNI 2016 IN KÖLN**

Allen Schulen im Bezirk Köln, die an der Erhebung der psychosozialen Belastungen teilgenommen haben, werden die Ergebnisse der COPSOQ-Befragung in Form eines Berichts der Freiburger Forschungsstelle Arbeits- und Sozialmedizin (FFAS) zugehen. Die schulspezifische Auswertung dieser Berichte soll den Schulen ermöglichen, Belastungsschwerpunkte zu erkennen, Belastungen abzubauen und hierzu Hilfe und Unterstützung einzuholen.

Einladung

Kölner Kampagne Inklusion – KKI

Donnerstag, 12. Mai 2016
18 Uhr

im Tagungsraum(EG) im DGB-Haus,
Hans-Böckler-Platz 1/Bahnhof Köln-West

Themen:

- Vorbereitung und Gestaltung des Aufrufs für den Aktionstag
- Planung des Aktionstages



Der Lehrerrat hat dabei eine wichtige Rolle sowohl auf der Grundlage des Schulgesetzes, des Sozialgesetzbuches IX als auch bei der Übernahme von Personalratsaufgaben nach dem LPVG. Er vertritt die Interessen der Beschäftigten auch in diesem Bereich gegenüber der Schulleitung.

Die Schulleitungen sind aufgefordert, den Bericht mit den Lehrerräten und der Lehrerkonferenz zu erörtern und auszuwerten. Im Anschluss daran soll die Schule Maßnahmen zur Entlastung entwickeln. Jeder Lehrerrat, aber auch jede Lehrkraft hat das Recht, den Schulbericht, digital oder ausgedruckt zu erhalten. Über die Offenlegung des Teils, in dem das Führungsverhalten der Schulleitungen bewertet wurde, entscheiden diese selbst.

Zur Unterstützung der Arbeit der Lehrerräte bietet die GEW diese spezielle Fachtagung an. Sie beschäftigt sich sowohl mit den rechtlichen Handlungsoptionen der Lehrerräte als auch in unterschiedlichen Workshops (Schulberichte auswerten, BAAM-Verfahren, Gesundheitstage, Maßnahmenbei-

spiele) mit dem Umgang der Ergebnisse der Schulberichte. Wir wollen gemeinsam erreichen, dass die COPSOQ-Befragung nicht folgenlos bleibt!

Anders als bei Fortbildungen für Lehrerräte ist diese ganztägige Fachtagung für die TeilnehmerInnen kostenpflichtig. Der Tagungsbeitrag beträgt 60 Euro. Darin enthalten sind alle Unterlagen, Verpflegung und Getränke. **Die Fachtagung ist eine Maßnahme des Arbeitsschutzes, deren Kosten der Arbeitgeber trägt. Sonderurlaub muss bei der Schulleitung beantragt werden. (Bei Fragen wenden Sie sich bitte an die GEW.)**

Anmeldungen ausschließlich an:
Svenja.tafel@gew-nrw.de

Der genaue Tagungsort in Köln wird den TeilnehmerInnen mit der Anmeldebestätigung mitgeteilt.

COPSOQ

Erste Tipps zur Auswertung der Schulberichte

1. Der Schulbericht:

Die Schulberichte der in der ersten Tranche befragten Kölner Schulen werden diesen voraussichtlich Ende April/Anfang Mai zugehen. Jede Lehrkraft hat einen Anspruch darauf, den Bericht in digitaler oder Papierform zu erhalten. Die Lehrerräte sollten sich dafür einsetzen, dass die Schulleitungen den Bericht frühzeitig, also vor der eigentlichen Auswertung durch die Lehrerkonferenz, zur Verfügung stellen.

2. Zeitplanung

Die Auswertung sollte erst nach Kenntnis des Berichts und entsprechenden Fortbildungen der Lehrerräte erfolgen. Das kann auch im nächsten Schuljahr sein. Arbeitsgruppen mit Mitgliedern des Lehrerrats und der Schulleitung, der Ansprechpartnerin für Gleichstellungsfragen, interessierten Kolleg*innen und vielleicht solchen, die sich mit Befragungen und statistischen Auswertungen grundsätzlich auskennen, können die Auswertung vorbereiten. Es sollte verhindert werden, dass der Lehrerrat alleine die Auswertung schulintern muss.

Die Auswertung sollte nicht „on top“ geschehen. Dafür müssen die Lehrerräte sich einsetzen.

3. Hilfe bei der Auswertung

3.1 Externe Berater:

Für die Auswertung des Berichts braucht man eigentlich eine externe fachkundige Beratung. Die Bezirksregierung Köln hat dem BAD (dem Betriebsärztlichen Dienst) 200.000 Euro für die Beratung in den Schulen vor Ort und Workshops für die Schulleitungen zur Verfügung gestellt. Es empfiehlt sich, bei der Bezirksregierung eine Unterstützung durch den BAD zu beantragen. Der BAD berät wohl vor allem bei der Ableitung von Maßnahmen, die sich aus der Auswertung ergeben. (Vorsicht: Maßnahmen, die allein die individuelle Ebene erfassen und nicht die strukturellen Rahmenbedingungen thematisieren, sind u. E. nicht zielführend.)

3.2 Fachtagungen und Fortbildungen

Von Gewerkschaft und Verbänden wird es Fachtagungen oder Fortbildungen zur Unterstützung der Auswertung geben. Der Lehrerrat kann die Teilnahme an diesen Veranstaltungen bei der Schulleitung beantragen.

Die Kosten müssen vom Arbeitgeber übernommen werden. Bitte den jeweiligen Schulbericht mitbringen. Ganz wichtig: Die Bearbeitung des eigenen Schulberichtes bei einer Fortbildung widerspricht nicht dem Datenschutz.

3.3 Workshops

Die Bezirksregierung wird 2016 (und 2017) Workshops für die Schulleitungen anbieten. Eine Beteiligung der Lehrerräte ist nicht vorgesehen. Dafür müssen sich die Personalräte jedoch einsetzen. Workshops für Schulleitungen mögen hilfreich sein, Schulleitungen können und sollten jedoch nicht allein notwendige Entlastungsmaßnahmen erfassen.

4. Geringe Teilnahme an der Befragung, unter 30%

Sollten nur wenige Lehrkräfte einer Schule sich an der Befragung beteiligt haben, muss verhindert werden, dass die Befragung unter den Teppich gekehrt wird. Man sollte sich die Ergebnisse sehr genau anschauen und überlegen:

- Woran hat es gelegen, dass so wenige teilgenommen haben?
- Wie repräsentativ sind die Ergebnisse?
- Gibt es weitere oder andere Schwerpunkte?

Haben weniger als fünf Lehrkräfte teilgenommen, gibt es keinen eigenen Schulbericht. Eine solche Schule erhält dann jedoch den Schulformbericht. Da jede Lehrkraft einen Anspruch auf eine Gefährdungsbeurteilung hat, sollte man sich dann auch damit auseinandersetzen.

5. Die eigentliche Auswertung

Leitfragen für die Beratung bei der Auswertung können sein:

- Wann besteht Handlungsbedarf bei Belastungen und Gefährdung?
- Wie werden Entlastungsmaßnahmen abgeleitet?
- Wie werden sie dokumentiert?
- Wer ist dafür zuständig?
- Mehr dazu bei den Fachtagungen und Fortbildungen der GEW.

Für die Auswertung des Schulberichts mit dem gesamten Kollegium sollte es einen weiteren unterrichtsfreien Tag geben. Diesen müssen die Schulen notfalls mit Hilfe des Personalrats beantragen.

Wenn die Auswertung von einer Arbeitsgruppe vorbereitet worden ist, sollte sich die Lehrerkonferenz auf Belastungsschwerpunkte einigen und z.B. in Kleingruppen konkrete Belastungsfaktoren benennen. Hinweise darauf geben auch die Freitextfelder, die von den Kolleg*innen bei der Befragung ausgefüllt worden sind.

Der letzte Schritt wäre dann, Maßnahmen zu entwickeln, die der Belastung entgegenwirken.

6. Die Maßnahmen

Das Motto, unter dem die COPSOQ-Befragung für das MSW steht, könnte „Verhaltensprävention statt Verhältnisprävention“ lauten. MSW und Bezirksregierungen müssten in ihren Informationsschreiben – den sogenannten Verfügungen zu COPSOQ – klarstellen, dass die Letztverantwortung beim Land als Arbeitgeber liegt und bestimmte Bereiche nicht in die Zuständigkeit der einzelnen Schule fallen.

Denn strukturelle Maßnahmen, die sich aus den Gefährdungsbeurteilungen ergeben, kann nur das Land umsetzen. Stattdessen liegt der Fokus der Maßnahmen-Entwicklung auf den einzelnen Lehrkräften und der einzelnen Schule.

Davon sollte man sich nicht beeindrucken lassen und stattdessen auch Maßnahmen zu Klassengröße, Pflichtstundenzahl, Anrechnungsstunden usw. in die Maßnahmenliste aufnehmen. Eben all das, was sich bei der Auswertung ergibt.

Ein nicht abgeschickter Leserbrief...

... zu den Artikeln „Fremdenfeindlichkeit und die Haltung der Intellektuellen“ des Schriftstellers Rafik Schami (KStA 15.03. und 3.4.2016)

Denke ich an die deutschen Intellektuellen in der Nacht, dann bin ich um den Schlaf gebracht, so würde wohl Heinrich Heine erneut besorgt auf unser Land blicken. Er würde Rafik Schami, dem deutschsprachigen Schriftsteller mit syrischen Wurzeln, beipflichten, wenn dieser Trauer, Wut und nicht selten Scham in der derzeitigen Flüchtlingsmisere empfindet. Besonders beschäftigt Schami eine Schar Intellektueller, die sich zu Wortführern der neuen national-konservativen Bewegung aufschwingen.

Gemeint sind insbesondere die Philosophen Peter Sloterdijk und Rüdiger Safranzki, deren Feindseligkeit er oft erleben musste. In seinem 40-jährigen Bemühen um die Aussöhnung zwischen Juden und Arabern sei „nie einer der Herren auch nur in Sichtweite anzutreffen“ gewesen. „Die Feigheit dieser Herren“, so Rafik Schami, bestehe darin, dass sie sich nicht mit ihren Klischeebildern der arabischen Kulturen auseinandersetzen. Ein Araber sei nur gut, „wenn er dreitausend Kilometer entfernt ist“. Bei Sloterdijk kreisen die Wortblasen gerne um ihr feinsinnig daherkommendes Ego. Zynisch erklärte er im letzten Sommer, dass selbstbewusste Staaten zur Abwehr von Asylsuchenden eine „wohltemperierte Grausamkeit“ anwendeten.

Der selbsterklärte Realist Safranzki geht da noch einen Schritt weiter. Seiner Meinung nach ist Merkels Asylpolitik gekennzeichnet von „Unreife“, „Naivität“ und „Weltfremdheit“. Und die „Willkommenskultur“ in der deutschen Gesellschaft? Wird als eine sentimentale Mischung aus „Selbstbesoffenheit“ und „moralischer Infantilisierung“ abgetan. Wo eine klare Haltung der Intellektuellen gegenüber den immer stärker werdenden Ressentiments und Hassparolen gegen Fremde und die Grenzen-zu-Politik erforderlich wäre, sieht Rafik Schami nur die „Gewalt der Zyniker“.

Einen Heinrich Böll gibt es schon lange nicht mehr. Stattdessen müssen wir uns die Vorschläge eines Rüdiger Safranzki anhören, wenn er vorschlägt, die vielen Flüchtlinge nicht nach Deutschland einreisen zu lassen, sondern an den Rändern der Kriege „Zonen“ zu schaffen, in denen die Menschen so lange bleiben sollen, bis in ihren Ländern Friede herrsche?

... Was es mit diesen „Zonen“ auf sich hat, zeigt uns doch allabendlich das Fernsehen von der griechisch-mazedonischen Grenze: Flüchtlinge, die unter menschenverachtenden Bedingungen hier „eingepfercht“ leben müssen; Verzweifelte, die immer wieder versuchen, aus dem umgitterten „Internierungslager“ auszubrechen. Angesichts dieser unwürdigen Bedingungen, versinken für Schami Europas Werte im Schlamm des Grenzortes Idomeni. Dabei müsste Safranzki sich nur die Landkarte anschauen: Außerhalb des europäischen Kontinents, im Südosten und im Süden herrscht Krieg. Das Ende des Kalten Krieges fand in dieser Region nicht statt.

Diese Kriege sind eine historische Tatsache, die keineswegs an der türkisch-syrischen Grenze aufhören. Fakten kann man weder abwählen noch wegschicken. Doch für die vermeintlich bürgerlichen Intellektuellen wäre die Offenheit der Grenzen ein großer moralisch begründeter „Denkfehler“. Die Konsequenz aus dieser Haltung kann dann aber nur lauten: Warum bleibt ihr nicht zu Hause und lasst euch erschießen, anstatt uns hier zu belästigen?

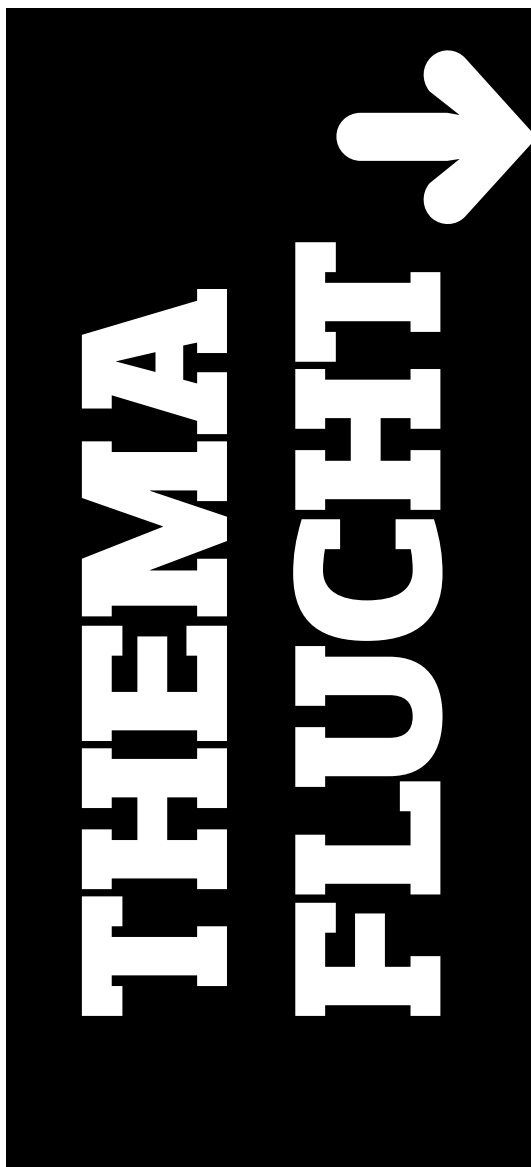
Wolfgang Hardenacke, Köln

7. Die Dokumentation der Belastungen und Gefährdungen:

Der Schulbericht erhält als Anlage einen Vordruck der Dokumentation der Belastungen und Gefährdungen und der vorgesehenen Maßnahmen. Allerdings entsteht der Eindruck, dass dessen Weiterleitung an die Bezirksregierung und das MSW nicht eigentlich vorgesehen ist. (Er enthält sinngemäß den Vermerk: zur schulinternen Dokumentation).

Die GEW hat daher einen Vordruck entwickelt und auch ein Musterschreiben zur Weiterleitung an das Land NRW über die Bezirksregierung und natürlich an den Personalrat. Näheres dazu bei den Fachtagungen und Fortbildungen der GEW.

Ines Bartenstein





Flüchtlingsunterbringung in einer Kölner Turnhalle

Positionspapier des Kölner DGB: **Die Würde des Menschen ist unantastbar!**

Kölner Gewerkschaften zur gegenwärtigen Situation in der Gesellschaft

Aus Sicht der Kölner Gewerkschaften ist der gesellschaftliche Zusammenhalt gefährdet: Die Polarisierung in der Gesellschaft nimmt zu; Vermeintlich einfache Lösungen und Feindbilder haben Konjunktur; Eskalation statt Kompromiss; Gewalt, von der verbalen Forderung zur Einführung des Schießbefehls an den Grenzen, bis hin zu Anschlägen, Angriffen und Mordversuchen zeigen eine Radikalisierung und Verrohung in einem bedrohlichen Ausmaß. Alleine in 2015 erfolgten 1.005 Übergriffe auf Unterkünfte für Geflüchtete.

FÜR DIE KÖLNER GEWERKSCHAFTEN IST KLAR:

• **Nationalismus führt in die Katastrophe:** Nationalismus, Rassismus und Rechtsextremismus sind keine Alternative, sondern eine Ideologie, die Menschenrechte und gewerkschaftliche Grundwerte mit Füßen tritt. Nach NPD und Pro-Gruppierung zeigt die AfD durch immer stärker hervortretende nationalistische und rassistische Aussagen eine rechtsextremistische Ausrichtung.

• **Menschenrechte sind unteilbar:** Menschen, die in Deutschland Asyl suchen, haben das Recht auf eine schnelle und faire Prüfung. Ihnen ist nicht anzulasten, dass der Staat diese Prüfung nicht in angemessener Zeit leisten kann. Außerdem zeigt sich eine verfehlte Einwanderungspolitik; Deutschland braucht ein modernes Einwanderungsgesetz. Ohne ein entsprechendes Gesetz bleibt vielen Menschen nur der Weg über das Asylrecht.

• **Verantwortung für Fluchtursachen übernehmen:** Zäune und Abschottung sind keine Lösung, sondern führen zu Ausweichbewegungen und humanitären Katastrophen. Vielmehr müssen die Fluchtursachen bekämpft werden. Dazu gehört auch der selbstkritische Blick, welche Verantwortung Deutschland und die anderen Industrienationen mit der bisherigen Außen-, Wirtschafts-, Finanz-, Entwicklungs- und Rüstungspolitik an den Fluchtursachen haben.

• **Soziale Gerechtigkeit statt Populismus:** Deutschland ist reich! Der Reichtum ist aber ungleich verteilt. Die Schere zwischen Arm und Reich wird immer größer. Das reichste Zehntel besitzt 66% des Geld- und Sachvermögens. Dies ist eine Gefahr für die Gesellschaft! Wir brauchen eine Steuerreform, die dazu beiträgt, mehr soziale Gerechtigkeit herzustellen und die Handlungsfähigkeit des Staates zu sichern, z.B. durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer.

• **Europa ist in Gefahr:** Europa ist reich. Doch auch hier gilt, dass der Reichtum ungleich verteilt ist. Nationale Egoismen verhindern eine solidarische Politik, die die Menschen in den Mittelpunkt stellt. Die europäische Wirtschaftskrise ist nicht überwunden: Griechenland steht immer noch am Abgrund; Arbeitslosigkeit und Sozialabbau beherrschen viele europäische Länder.

• **Alle Menschen sind gleich:** Deswegen brauchen wir keine Sonderlösungen für Geflüchtete, z.B. die Aussetzung des Mindestlohns oder spezielle Wohnungsbauprogramme. Wir brauchen den Mindestlohn für alle! Wir brauchen bezahlbaren Wohnungen für alle. Wir brauchen gleiche Bildungschancen für alle.

Nicht die Geflüchteten sind das Problem, sondern die soziale Ungerechtigkeit in Deutschland, in Europa und in der Welt.

FÜR DIE KÖLNER GEWERKSCHAFTEN BEDEUTET DAS:

• **Nein zu Rechtsextremismus!** Wir treten klar und deutlich gegen jegliche Form von Rechtsextremismus und Rassismus ein und engagieren uns in Bündnissen und Netzwerken gegen Rechts.

• **Argumente statt Vorurteile!** Einen besonderen Schwerpunkt legen wir auf die Aufklärungsarbeit am Arbeitsplatz, in Betrieben und Verwaltungen. Populistische, rechtsextremistische oder rassistische Aussagen in der Kantine, an der Werkbank oder im Büro dürfen nicht unwidersprochen bleiben.

• **Ursachen benennen!** Wir lassen es nicht zu, dass Geflüchtete zu „Sündenböcken“ einer verfehlten Politik gemacht werden. Es geht im Kern um fehlende soziale Gerechtigkeit. Hier haben die Gewerkschaften mit ihren Renten-, Steuer- oder Arbeitsmarktkonzepten, mit ihren Vorschlägen für ein besseres Bildungssystem, mehr Wohnungsbau, einen Marshall-Plan für Europa und weiteren Positionspapieren klare Wege aufgezeigt.

• **Handlungsfähigen Staat stärken!** Wir treten allen Versuchen entgegen, über den sogenannten Bürokratieabbau, über Stellenkürzungen oder Privatisierungen die Aufgaben des Staates zurückzuführen. „Markt statt Staat“ verstärkt soziale Ungleichheit! Ein umfassendes Angebot der Daseinsvorsorge ist Garant für Teilhabe und für den Zusammenhalt der Gesellschaft.

• **Öffentlichen Dienst schützen!** Die derzeitige Flüchtlingssituation bringt große Teile des öffentlichen Dienstes an die Grenzen der Leistungsfähigkeit. Polizei, Justiz, Verwaltung, Sozial- und Erziehungsdienste sind besonders betroffen. Hier macht sich der Personalabbau im öffentlichen Dienst bemerkbar. Die Herausforderungen der Flüchtlingssituation dürfen nicht auf dem Rücken der Beschäftigten

FÜR DIE KÖLNER GEWERKSCHAFTEN BEDEUTET DAS:

ausgetragen werden und zu Lasten der Angebote für die übrige Bevölkerung gehen. Wir fordern die öffentliche Hand auf, mit mehr Personal entgegenzusteuern und „Gute Arbeit“ zu sichern.

• **Geflüchtete vor Ausbeutung schützen!** Geflüchtete sind keine Menschen zweiter Klasse. Deswegen lehnen wir eine Aufweichung des gesetzlichen Mindestlohns ab. Zudem müssen wir Geflüchtete davor schützen, dass ihre besondere Lage ausgenutzt wird, z.B. durch Schwarzarbeit. Über das Projekt „Faire Mobilität“, über muttersprachliche Informationen sowie über die satzungsmäßige Rechtsberatung bieten Gewerkschaften Hilfe und Unterstützung an.

• **Integration fördern!** Integration ist eine zentrale Aufgabe: Investitionen in Sprache, Bildung, Arbeit und Wohnung sind elementare Bedingungen für eine Integration. Gerade in den Bereichen Ausbildung und Arbeit können GewerkschafterInnen über Betriebs- und Personalräte, als AusbilderInnen, wesentlich zu einer gelingenden Integration beitragen.

• **Probleme benennen!** Natürlich führt der Zuzug von vielen Menschen auch zu Problemen und Konflikten. Dies darf nicht verschwiegen werden. Verallgemeinerungen, Pauschalierungen oder gar Vorverurteilungen widersprechen hingegen dem Rechtsstaatsgebot.

• **Grundwerte leben!** Nur wer selber Grundwerte lebt, kann dies auch von Zugewanderten einfordern. Sexismus ist kein Flüchtlingsproblem. Sexismus gab es auch vorher in unserer Gesellschaft. Traditionelle Rollenverständnisse, Intoleranz, Egoismus, Bandenkriminalität oder Gewalt sind ebenfalls keine neuen Phänomene. Sie gehören immer bekämpft, genauso wie Steuerhinterziehung, Korruption, Geldwäsche und weitere Formen von Wirtschaftskriminalität.

Grundwerte beweisen sich erst in der Krise! Jetzt kommt es darauf an, Haltung zu zeigen und für unsere Grundrechte einzustehen – damit Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität keine Worthülsen sind.



KOMMENTAR

Unterbringung Geflüchteter in Turnhallen unzumutbar

Wenn von Geflüchteten in Turnhallen die Rede ist, dann geht es meist um Klagen der Sportvereine oder Schulen über fehlende Hallen, ausgefallenen Sportunterricht und Kosten für anstehende Renovierungen.

Aber vor allem für die Geflüchteten ist die Unterbringung in Turnhallen eine unzumutbare Belastung. Können wir uns vorstellen, was das heißt: traumatische Erlebnisse, katastrophale Lebensverhältnisse, eine lebensgefährliche Flucht. Dann hier angekommen: eine fremde Kultur, langwierige Asylverfahren, Diskriminierung und Feindseligkeit seitens Teilen der Bevölkerung. Nein, das können wir nicht wirklich.

Und das Ganze erlebt und verarbeitet man dann zusammengepfercht in einer Turnhalle, in drangvoller Enge auf Metallbetten – monatelang. Dieser Zustand ist einer reichen Gesellschaft wie der deutschen unwürdig. Sicher: Der Reichtum hierzulande ist extrem

ungleich verteilt. Darum muss steuerlich bei den oberen Zehntausend zugelangt und Panama-Schlupflöcher müssen gestopft werden.

Mittlerweile werden andere Unterkünfte gesucht und Containerbauten errichtet. Dennoch könnte es viel schneller gehen: In Köln steht jede Menge Büroraum leer. Warum wird dieser nicht beschlagnahmt? Hamburg und Bremen haben entsprechende Maßnahmen für größere leerstehende Gewerbeimmobilien verabschiedet und umgesetzt.

Die Versäumnisse des faktisch eingestellten sozialen Wohnungsbaus rächen sich jetzt. Dieser muss umgehend wieder aufgenommen werden, im Interesse der Geflüchteten wie auch aller GeringverdienerInnen.

Angela Bankert

FACHTAGUNG DER GEW KÖLN



„Recht auf Bildung!“

– Flüchtlinge und Zugewanderte im Kölner Bildungssystem“

Samstag, den 24. September 2016, in einer Kölner Schule (wird noch bekanntgegeben)

Impulsreferat: „**Neu zugewanderte Kinder und Jugendliche im deutschen Schulsystem. Bestandaufnahme und Empfehlungen**“

Workshops zu vielen interessanten Themen wie :

Vorbereitungsklassen und Internationale Förderklassen in den verschiedenen Schulformen, Rolle des Kommunalen Integrationszentrums; neu eingereiste Kinder im Offenen Ganztag und in KiTas; Bedeutung des Herkunftssprachlichen Unterrichts für neu eingereiste Kinder und Jugendliche; Beratung und Betreuung von Flüchtlingskindern und -jugendlichen durch SchulsozialarbeiterInnen; außerschulische Betreuung von Flüchtlingskindern und -jugendlichen; Deutsch als Fremdsprache in Sprachkursen und Integrationskursen

Die Tagung dient vor allem einem ersten, schulformübergreifenden Erfahrungsaustausch und der Vernetzung. Bitte beachtet die Kölner GEW- Webseite für Infos zum genauen Ablauf und zur Anmeldung:

<http://www.gew-koeln.de/>

Menüpunkt Arbeitskreise, LehrerInnen und ErzieherInnen von Migrant*innen (LEMK)

EINLADUNG AN KOLLEGINNEN ALLER SCHULFORMEN

„Sunniten, Schiiten und Islamisten: Wer gehört zur islamischen Umma?“

Referent: **Yilmaz Kahraman**

Bildungsreferent der Alevitischen Gemeinde in Deutschland und Islamwissenschaftler

Moderation: Beate Kleifgen / Hassan Taschkale

am Montag, den 20.06.2016 um 18:00 Uhr

im DGB-Haus, Großer Saal,

Hans-Böckler-Platz 1, 50672 Köln

Im Islam gibt es heute verschiedene Strömungen und Auslegungen vom „wahren Islam“. Welche Gruppen und Selbstverständnisse haben sich über die Jahrhunderte entwickelt? Im Rahmen des Vortrages wird auf die Geschichte des Islams und die verschiedenen Strömungen innerhalb der Umma (Gemeinde der Gläubigen) eingegangen.

Wir freuen uns auf eine rege Beteiligung.

Mit kollegialen Grüßen

Arbeitskreis „LehrerInnen und ErzieherInnen von Migrant*innen“ im GEW-Stadtverband Köln

Kontakt über: Beate Kleifgen | beatekleifgen@web.de



Präsidentenschaftswahlkampf in den USA so turbulent wie selten

Ein Interview mit Kshama Sawant, Stadträtin in Seattle und Mitglied der Lehrergewerkschaft „American Federation of Teachers“ (AFT). Das Gespräch führte Guido Schönian.

Bei den „Demokraten“ kandidieren die ehemalige Außenministerin Hillary Clinton und Bernie Sanders, der sich selbst als „demokratischen Sozialisten“ bezeichnet. Clinton liegt in den Vorwahlen derzeit mit 1.758 Delegierten vor Sanders, der bislang auf 1.069 Delegierte kommt. 1.938 Delegiertenstimmen sind noch zu vergeben (Stand: 9. April). Bei den „Republikanern“ gehen rechts-konservative, konservativ-klerikale und chauvinistisch-nationalistische Kandidaten ins Rennen.

Über die Bedeutung der diesjährigen Präsidentenschaftswahlen sprachen wir mit Kshama Sawant, die 2013 mit fast 100.000 Stimmen in den Stadtrat von Seattle gewählt wurde und u.a. eine erfolgreiche Kampagne zur Anhebung des Mindestlohns auf 15 Dollar geführt hat (der auf Bundesebene bei 7,25 Dollar liegt).

Liebe Kshama, wird Bernie Sanders der neue Präsident der USA?

Ich wäre sehr froh, wenn wir einen Präsidenten hätten, der für kostenlose Bildung kämpft. Neben einem Mindestlohn für 15 Dollar, kostenloser Gesundheitsversorgung und einer „politischen Revolution“ gegen die gesellschaftliche Klasse der „Milliardäre“ setzt Bernie Sanders sich genau dafür ein. Diese Möglichkeit wird jedoch leider immer unwahrscheinlicher. Was allerdings nicht daran liegt, dass seine Politik

unbeliebt wäre. Hingen Präsidentenschaftswahlen vom Grad der aktiven Unterstützung ab, dann würde Bernie Sanders einen erdrutschartigen Sieg einfahren. Mit seinem Aufruf zur „politischen Revolution“ und weil er in seinem Wahlkampf Unternehmensspenden ablehnt, begeistert er Millionen von Menschen im ganzen Land. Was die Anzahl der Wahlkampfspenden angeht, die in vielen kleinen Beträgen von Einzelpersonen kommen, aber auch hinsichtlich der Teilnehmerzahlen bei seinen zahlreichen Wahlkampfveranstaltungen bricht er alle Rekorde. Er wird vor allem von jungen Leuten und von Personen un-

terstützt, die immense Studiengebühren abbezahlen müssen und es mit Lebensbedingungen zu tun haben, die schlechter sind, als die ihrer Eltern. Nur leider zählen die Belange der jungen Leute und erwerbstätigen Menschen in keiner der beiden Parteien, die die Politik der USA dominieren.

Aus diesem Grund habe ich Bernie Sanders im September 2014 auch nahegelegt, lieber als unabhängiger Kandidat bei den Präsidentenschaftswahlen anzutreten.

Du bist 2013 ins Amt gewählt worden. Das „forum“ hatte darüber berichtet (vgl.: Ausgabe 4/2014, S. 28). Damals bist du offen als Sozialistin angetreten. Letztes Jahr bist du im Amt bestätigt worden. Wofür steht einE KandidatIn in den USA, die/der sich selbst als SozialistIn bezeichnet?

Wir gehen davon aus, dass es grundsätzlich zwei Kräfte gibt, die das politische Geschehen beeinflussen: die organisierte Macht der Unternehmen auf der einen und die organisierte Macht der arbeitenden Menschen auf der anderen Seite. Diese beiden Kräfte stehen miteinander im Konflikt.

In den USA mussten wir in den einzelnen Bundesstaaten und im Namen der Konzerninteressen umfassende Angriffe auf gewerkschaftliche Rechte erleben. Der Bildungssektor steht seit Jahrzehnten unter Beschuss. Privatschulen werden gepusht, während öffentliche Schulen unter-



Die Gewerkschaft des Krankenhauspersonals ruft per Vorstandsbeschluss zur Wahl von Sanders auf: „Die Berufsgruppe, der die meisten Menschen vertrauen, vertraut auf Bernie“ und „Die Krankenschwestern sagen: Bernie for President!“.

finanziert sind. Bernie Sanders formuliert es wie folgt: „Kein Präsident, weder Bernie Sanders noch irgendjemand sonst, kann es alleine schaffen. Dafür ist die Wall Street zu mächtig. Dafür ist das Amerika der Konzerne zu mächtig. Die einzige Möglichkeit, dieses Land wirklich zu verändern, besteht darin, dass die Millionen von Menschen aufstehen und sich wehren. Das hat die Geschichte der Arbeiterbewegung und der Gewerkschaften gezeigt, das hat die Geschichte der Bürgerrechtsbewegung gezeigt, die Geschichte der Frauenbewegung und die Geschichte der Bewegung der Homosexuellen“.

Vergangenes Jahr stand ganz Seattle unter Strom, weil die LehrerInnen nach jahrelangen Haushaltskürzungen und Steuergeschenken für die Konzerne einstimmig für Streikmaßnahmen gestimmt hatten. Ich habe meine Position im Stadtrat genutzt, um diesen dazu zu bringen,

eine Resolution zu unterstützen, mit der die streikenden LehrerInnen gestärkt worden sind. Damit konnte ich die Aula des Rathauses für die LehrerInnen öffnen, die dort zusammen mit den EinwohnerInnen von Seattle Großveranstaltungen abgehalten haben. Es geht also darum, die eigene Position zu nutzen, um arbeitende Menschen in den sozialen Auseinandersetzungen, in denen sie sich befinden, zu unterstützen.

In Deutschland zeichnen die etablierten Medien das Bild der „beiden radikalen Kandidaten“. Donald Trump und Sanders wären demnach vergleichbar, weil sie beide extreme Positionen vertreten und nicht wählbar sind. Wie denkst du darüber?

Wir sollten einen Schritt zurückgehen und die Frage klären, warum wir es bei den US-amerikanischen Präsidentschaftswahlen

diesmal mit einer derart seltsamen Konstellation zu tun haben. Weshalb ist in Seattle eine Sozialistin zuerst gewählt und dann auch noch wiedergewählt worden? Wieso planen die LehrerInnen in Chicago tatsächlich, einen eintägigen Generalstreik in der Stadt durchzuführen? Warum ist es in den USA geradezu zu einer Explosion an sozialen Bewegungen gekommen?

Wir müssen feststellen, dass das Establishment in Politik und Wirtschaft, das über die Geschicke dieses Landes bestimmt, die USA vor die Wand gefahren hat. Die Lebensstandards der jungen Leute in den USA liegen zum ersten Mal unter denen ihrer Eltern. Die Realität der arbeitenden Menschen besteht aus sinkenden Lebensstandards, Umweltzerstörung, nicht mehr zu begleichenen Schulden und einer immer düsterer werdenden Zukunft. Gleichzeitig vergrößern die Superreichen ihren immensen Reichtum im-

„Der Bildungssektor steht seit Jahrzehnten unter Beschuss. Privatschulen werden gepusht, während öffentliche Schulen unterfinanziert sind. Bernie Sanders formuliert es wie folgt: ‚Kein Präsident, weder Bernie Sanders noch irgendjemand sonst, kann es alleine schaffen. Dafür ist die Wall Street zu mächtig.‘“

mer weiter. Vor diesem Hintergrund haben die Menschen nachvollziehbarer Weise das Gefühl, dass das Polit-Establishment beider Parteien ihre Interessen verraten hat.

Die Leute suchen nach einem Ausweg. Doch in den USA ist die organisierte Linke klein und vereinzelt. Nur sieben Prozent der Beschäftigten in der Privatwirtschaft sind überhaupt Mitglied in einer Gewerkschaft. Dies führt zu einem politischen Vakuum. Und in dieser Situation können sich Personen wie ein gewisser Donald Trump Gehör verschaffen. Er sagt, dass alle Politiker von den Konzernen gekauft und dass die Handelsabkommen schlecht für die AmerikanerInnen sind. Das stößt bei den entfremdeten ArbeiterInnen und Beschäftigten auf offene Ohren, die wegen der Globalisierung ihre Arbeit in der Industrie verloren haben.

Doch anstatt die Lösung darin zu suchen, dass man gegen die Milliardäre (von denen er ja selbst einer ist) angeht, die für den Niedergang verantwortlich sind, versucht Trump die gesellschaftliche Klasse der abhängig Beschäftigten zu spalten. Die berechtigte Wut der hellhäutigen und ent-

rechteten Beschäftigten lenkt er auf MigrantInnen, MoslemInnen, Frauen und dunkelhäutige Beschäftigte. Er schürt den Rassismus, Sexismus und die Fremdenfeindlichkeit.

Gibt es sonst noch etwas, das du uns und somit deinen KollegInnen aus dem Bildungssektor in Deutschland mitteilen möchtest?

Als Mitglied der „American Federation of Teachers“ möchte ich meine Solidarität mit den LehrerInnen und ErzieherInnen in den USA ausweiten auf die KollegInnen in Deutschland. Da der Kapitalismus weltweit immer weiter in die Sackgasse gerät, wird sich die Krise weiter zuspitzen. Die permanenten Kriege erzeugen bereits massenhafte Fluchtwellen, was die Gefahr mit sich bringt, dass rechte Populisten in Europa stärker werden. Eine politische Alternative kann nur von den organisierten arbeitenden Menschen kommen. Nur sie können gegen die Austerität angehen, gegen den Rassismus, gegen Krieg und all die Beschränkungen, die der vom Profit angetriebene Kapitalismus den arbeitenden Menschen aufbürdet, damit die ge-

sellschaftliche Klasse der Milliardäre ihren Reichtum immer weiter vergrößern kann. Diesen Freitag (15. April und somit nach Redaktionsschluss; Anm. d. Übers) führen die LehrerInnen in Chicago die ganze Stadt in einen Kampf gegen die Kürzungen im öffentlichen Dienst und gegen Privatisierungen. Das ist die Art von Führung, nach der die Menschen in diesem Land und faktisch in allen Ländern der Welt Ausschau halten. Bei den noch bevorstehenden sozialen Kämpfen für eine Alternative zum bestehenden maroden System wird den LehrerInnen eine Schlüsselrolle zukommen.

Liebe Kshama, vielen, herzlichen Dank dafür, dass du dir die Zeit für unsere Fragen genommen hast!

(Für die Langfassung dieses Interviews oder das englischsprachige Original wende man sich gerne an die Geschäftsstelle.)

Urlaub für LehrerInnen außerhalb der Schulferien?



Am Landgericht Düsseldorf wurde im Jahr 2013 ein interessanter Fall anhängig: Ein angestellter Lehrer konnte wegen lang anhaltender Erkrankung seinen Jahresurlaub nicht in der Schulferien nehmen. Aufgrund der Erkrankung musste er aus dem Schuldienst ausscheiden. Der Lehrer verlangte nun die Abgeltung (also die Auszahlung) der noch ausstehenden Urlaubstage.

Das LAG schloss sich der Auffassung des Lehrers an. Zwar sei es ohne Zweifel rechtmäßig, wenn der Tarifvertrag den Lehrern vorgibt, den Urlaub nur in den Schulferien zu nehmen. Wenn ein angestellter Lehrer seinen Urlaub aber aufgrund einer Krankheit nicht in den Schulferien nehmen kann, müssen die noch ausstehenden Urlaubstage anders gewährt werden, zur Not auch außerhalb der Schulferien. Im vorliegenden Fall war dies durch das Ausscheiden aus dem Schuldienst nicht möglich, deshalb hatte der Lehrer nach Auffassung des Gerichts einen Anspruch auf Urlaubsabgeltung.

Allerdings: Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig! Der Beklagte hat Revision beim Bundesarbeitsgericht eingelegt. Es bleibt also abzuwarten, wie sich dieser Fall noch entwickelt.



Die Junge GEW in Köln

VON EVA CASPERS

„Wiiieeee, Frau Caspers, sie sind schon soooo aaaaalt??? So sehen sie aber nicht aus!“ - Ich bin 31 und, ja, richtig: Viele stellen sich unter „jung“ bestimmt etwas anderes vor. In der GEW zähle ich damit aber noch längst nicht zum „alten Eisen“ sondern eben noch zur Jungen GEW. Da ich momentan Vertretungslehrerin bin, kann ich mich sowieso noch keiner bestimmten Schulform zuordnen. Andererseits finde ich es so auch viel schöner, weil in der Jungen GEW nicht nur Schulformsondern auch Berufsgruppen-übergreifend zusammengearbeitet werden kann.

Gleiche Interessen

Die Junge GEW organisiert alle GEW-Mitglieder bis 35. Ich finde das sinnvoll, denn viele unserer Probleme auf der Arbeit zeigen sich nicht nur in einem bestimmten Bereich. SozialarbeiterInnen, ErzieherInnen, LehrerInnen oder Wissenschaftliche Hilfskräfte an den Unis kennen zum Beispiel alle das Problem befristeter Arbeitsverhältnisse. Uns eint auch das Thema Inklusion oder ganz akut der Umgang mit geflüchteten Menschen. Und in einem Gremium wie der Jungen GEW können wir unsere unterschiedlichen Perspektiven, vor allem aber

In Köln steht die Junge GEW momentan vor der Neugründung. Bis zum 35. Lebensjahr zählen die Mitglieder zum potentiellen Aktiven-Kreis der GEW-Jugendstruktur.

auch unterschiedlichen Expertisen problemlos einbringen und dadurch aus einem reichen Ideenpool für Lösungen schöpfen.

Gremium gründen

In Köln steht die Junge GEW momentan vor der Aufgabe, diese Chancen durch die Gründung eines arbeitsfähigen Gremiums überhaupt zu nutzen. Köln ist mit über 5000 Mitgliedern der größte Stadtverband der GEW in NRW. Rund 1000 Mitglieder sind unter 35 Jahre alt, zählen somit zur Jungen GEW und kommen aus allen Sparten der Bildungsberufe. In unserer Altersklasse kommt auch noch dazu, dass viele von uns noch nicht lange in Köln wohnen. Viele von uns kamen zum Studium oder Referendariat her, und in einer so großen Stadt sind dann z.B. Gewerkschaftskontakte hilfreiche Stützen im neuen Umfeld.

Um das zu ermöglichen und unser Potenzial zu entwickeln, habe ich mich mit unseren „Guten Seelen“ in der Geschäftsstelle, Martin Mackenbach und Angela Bankert, zusammengesetzt und überlegt:

Wie sieht das Jahr 2016 für die Junge GEW Köln aus?

Den Startschuss gab eine tolle Fortbildung mit Uwe Riemer-Becker zum Thema „Stoppsstrategien für Unterrichtsstörungen“. Das war noch ein ziemlich schulbezogenes Thema, das allerdings vor allem von ReferendarInnen sehr gerne angenommen wird und auch wurde. Wir hatten einen spannenden, aber auch lustigen Samstag in unserer Geschäftsstelle und das hat uns darin bestätigt, in dieser Richtung weiter zu arbeiten.

Martin und ich planen für dieses Jahr noch mindestens drei weitere Veranstaltungen.

Die konkreten Termine werden noch bekannt gegeben – auch im Internet auf der Seite der Jungen GEW Köln bei Facebook

www.facebook.com/jungegewkoeln
und der Homepage des Stadtverbands

www.gew-koeln.de

Wenn ihr daran teilnehmen möchtet, Fragen oder Anregungen habt (ganz gleich, ob zu weiterem Fortbildungsbedarf oder politischen Inhalten!), dann mailt uns einfach! Wir freuen uns!



Die GEW sagt danke. Interviews mit unseren langjährigen Mitgliedern Klaus Minartz und Wolfgang Raabe, die die Arbeit des Stadtverbandes mit geprägt haben und aus dem Geschäftsführenden Ausschuss (GA) ausscheiden.

forum: Klaus, wann und warum bist du in die GEW eingetreten?

Klaus: Im März 1972 bin ich als gewerkschaftlich orientierter Student in die GEW eingetreten. Mit etwas Anfangsschwierigkeiten, da mir relativ schnell mit einem Ausschluss gedroht wurde. Ich wollte als für Datenschutz sensibilisierter Student keine Einzugsermächtigung ausstellen. Heute ist dies kaum noch nachvollziehbar.

forum: Seit wann bist du Mitglied im GA? Wofür warst du im GA zuständig?

Klaus: Nach meinem Referendariat am Landrat-Lucas-Gymnasium in Opladen (einer damaligen Modellschule für die Einführung der reformierten Oberstufe), nach zwei Jahren Berufserfahrung und ein Jahr nach der Geburt unseres ersten Kindes, habe ich auf einer JHV, ich glaube im Jahre 1980, für den GA als stellvertretender Kassierer kandidiert. Es gab noch kein Referentenmodell. Reinhard Hocker war zu

dieser Zeit Vorsitzender und der Bruder von Christine Oberhäuser war sein Stellvertreter.

Ich erinnere mich noch gut an die Wochenenden, an denen ich mit dem damaligen Kassierer mit Bleistift und Taschenrechner per Hand die Kasse verbucht habe. Nach Reinhard Hocker wurde Walther Kröner Vorsitzender. Er initiierte eine Organisationsentwicklung unter wissenschaftlicher Begleitung durch Rainer Zech und seinem Team. In deren Folge konstituierte sich ein Referentenmodell mit elf gleichberechtigten ReferentInnen, die die GEW mit ihren vier Säulen (vereinfacht gesagt: Kita, Schule, Weiterbildung und Uni) abbildeten und die klare Aufgabenzuweisungen hatten.

In diesem Team wurde ich „Referent für Finanzen und Organisationsentwicklung“ und habe mich – nach anfänglichem Favorisieren eines Zusammengehens mit Ver.di – dafür eingesetzt, dass sich die GEW als eigenständige Bildungs- und Tarifgewerkschaft innerhalb des DGB weiterentwickelt.

forum: Welche Themen, die du über einen langen Zeitraum verfolgt hast, haben dich besonders interessiert?

Klaus: Seit Beginn habe ich mich neben der Organisationsentwicklung und insbesondere den Finanzen für Themen interessiert, die im Zusammenhang mit meiner Arbeit in der Schule standen. Meinen ersten Artikel im forum habe ich über das „Lernmittelfreiheitsgesetz“ geschrieben, da ich als junger Lehrer für die Schulbibliothek verantwortlich gemacht wurde. Mit der Einführung der „Neuen Medien“ habe ich mich mit den Problemen des Datenschutzes und der sinnvollen Nutzung der „Neuen Medien“ im Unterricht beschäftigt.

Nach Erscheinen der NRW-Denkschrift „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“ unter Ministerpräsident Rau im Jahr 1995 habe ich mich mit Schulentwicklungsfragen auseinandergesetzt. Ich empfehle, diese spöttisch genannte „Rote Bibel“ heute noch einmal mit kritischer Distanz zu lesen.

„Ich habe alle Lehrerkalender seit 1977 gesammelt. Erst ab 1992 gab es den GEW-Lehrerkalender.“

Meine GEW-Aktivitäten im Projekt „Selbstständige Schule“, die im *forum* kontrovers diskutiert wurden, waren eine Fortsetzung dieser Thematik. Im Rahmen dieses Projektes habe ich mich in besonderer Weise für die Personalvertretungsrechte der Lehrerräte in enger Kooperation mit den Personalräten eingesetzt. Als GEW-Vertrauensmann an meiner Schule habe ich mit anderen GA-Mitgliedern den sogenannten Vertrauensleute-Ratschlag eingeführt und damit den systematischen und regelmäßigen Austausch der Informationen von oben nach unten und umgekehrt intensiviert.

forum: *Du warst sehr lange in der GEW Köln aktiv. Welche Kämpfe hat der Stadtverband in dieser Zeit besonders unterstützt, welche Auseinandersetzungen gab es, an die sich zu erinnern lohnt?*

Klaus: Ich habe alle Lehrerkalender seit 1977 gesammelt. Erst ab 1992 gab es den GEW-Lehrerkalender. Diese sind mir jetzt eine gute Erinnerungsstütze.

Im Kalender 80/81 lese ich, dass ich bei den Ursulinen bis zu 38 Schülerinnen im Matheunterricht hatte und auch am Samstag unterrichtet habe. Die GEW hat sich immer für kleinere Klassen eingesetzt. Es gab so viele Aktionen der GEW, dass ich hier nur einige stichwortartig aufzählen kann:

Aktion „Gläserne Schule“ mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen in Köln. Gut in Erinnerung ist mir in diesem Zusammenhang eine Aktion der AMG-MathematiklehrerInnen geblieben, die auf einem öffentlichen Platz eine Schulstunde mit 40 SchülerInnen zum Satz des Pythagoras vor einem staunenden Publikum durchgeführt haben.

Initiierung der Elterninitiative „Mehr Lehrer für unsere Kinder“ mit vielfältigen Demonstrationen und Aktionen.

Kampf zur Rehabilitierung der vom Berufsverbot betroffenen KollegInnen, der immer noch andauert.

Einsatz für die Einstellung aller ausgebildeten LehrerInnen. Dabei haben wir auch neue Formen der Unterstützung kreiert.

Unterstützung der von Abschiebung bedrohten Kinder und Jugendlichen durch intensive Rechtsberatung und durch Aktionen und Aufklärungsbroschüren und Veranstaltungen. Dies war ein besonderes Verdienst von Reinhard Hocker.

Die GEW Köln war ein aktiver Teil in der Friedens- und Abrüstungsbewegung.

Die GEW arbeitet mit dem DGB im Bündnis „Köln stellt sich quer“ gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

In dem Maße, wie mehr LehrerInnen aus verschiedenen Gründen als tarifbeschäftigte Angestellte eingestellt wurden, entwickelte sich die GEW Köln auch im Schul- und Hochschulbereich zu einer Tarifgewerkschaft. Heute ist sie in der Lage, im Tarifbündnis mit ver.di längere Auseinandersetzungen zu führen.

forum: *Welche Erfolge kann der Stadtverband Köln der GEW verzeichnen?*

Klaus: Wir haben in Köln die Organisationsbereiche KiTa und Weiterbildung als feste Säulen innerhalb der GEW verankert. Wir haben die Rechtsberatung zu einem Kölner Markenzeichen entwickelt. Das erste Hochschulinformationsbüro (HIB) wurde in Köln eröffnet.

Die Geschäftsstelle ist so professionalisiert worden, dass wir auf der Basis eines gut entwickelten Vertrauensleute-, Lehrerräte, Personal- und Betriebsrätesystems die Interessen der über 5000 Mitglieder vertreten können. Wir sind eine starke Tarifgewerkschaft geworden, die allerdings noch lernen muss, die „Mühen der Ebene“ auszuhalten.

„Unser Ziel ist ein stringentes Gesamtschulentwicklungskonzept für die Stadt Köln.“

„Wenn ich etwas zu sagen habe, werde ich sicherlich auch den einen oder anderen forum-Artikel schreiben.“

forum: *Was wünschst du dir für die Zukunft des Stadtverbands?*

Klaus: Ich wünsche mir, dass unsere Mitglieder einen geschäftsführenden Vorstand (GA) wählen, der die Breite der Interessen unseres großen Stadtverbandes repräsentiert und vertreten kann.

forum: *In welchen Bereichen wirst du weiterhin aktiv mitarbeiten?*

Klaus: Ich werde weiterhin im AK Schulentwicklung (SEP) und in der Initiative für mehr Gesamtschulen in Köln (i:mgik) arbeiten. Unser Ziel ist ein stringentes Gesamtschulentwicklungskonzept für die Stadt Köln. Als Vertreter des AK SEP bin ich im Vorstand vertreten und werde meine Erfahrungen dort einbringen.

Auch im AK Inklusion werde ich an der Seite von Uschi Kellermann weiter mitarbeiten. Der Start in eine inklusive Entwicklung war in Köln mit dem Inklusionsplan, der Zusammenarbeit mit dem Regionalen Bildungsbüro und der Mitarbeit einer GEW-Vertreterin im begleitenden Beirat Inklusion und den zwei GEW-Inklusionskongressen verheißungsvoll.

Leider reichen die vom Land bereitgestellten personellen und sächlichen Ressourcen noch nicht aus. Deshalb unterstütze ich die Landeskampagne der GEW zur besseren Ausstattung und mehr Fortbildungen - ohne dabei die Inklusion als Ziel zu diskreditieren.

Als Aktiver Ruheständler werde ich öfter als bisher an deren Aktivitäten teilnehmen.

Auf Landesebene hat mich der Bezirk Köln in die Finanzkommission gewählt. Dort werde ich mich für eine angemessene Verteilung der Beitragsgelder zwischen Land und Untergliederungen engagieren.

Wenn ich etwas zu sagen habe, werde ich sicherlich auch den einen oder anderen *forum*-Artikel schreiben.

„Es war eine schöne und erlebnisreiche Zeit hier mit euch und in der GEW.“

Interview mit Wolfgang Raabe, dem langjährigen Personalratsvorsitzenden der Kölner Grundschulen.

forum: Seit wann bist du GEW-Mitglied?

Wolfgang: Ich bin schon während meines Lehramtsstudiums in Hamburg im Juni 1978 in die GEW eingetreten. In der GEW-Studentengruppe habe ich in der AG Lehrerarbeitslosigkeit, AG Berufsverbote mitgearbeitet und war als Vertreter der Studentengruppe in der Landeskommission gegen Berufsverbote und politische Disziplinierung der GEW Hamburg. Hamburg war schon vor dem Radikalenerlass 1972 das erste Bundesland, in dem 1971 ein Berufsverbot gegen eine Lehrerin wegen Mitgliedschaft in einer linken Organisation verhängt worden war. In den Jahren darauf gab es dann allein in Hamburg zahlreiche Lehrer, die davon betroffen waren. Daher waren der Einsatz für demokratische Grundrechte und Freiheiten für mich ein wichtiges Thema in der Studentengruppe.

Im Frühjahr 1979 verbot der Schulsenator allen Lehrern das Tragen der Plakette „Atomkraft - nein danke“. Eine der kreativen Aktionen der GEW Hamburg, die ich während meines Schulpraktikums mit der GEW-Betriebsgruppe mitgemacht habe, war es, der Anweisung des Schulsenators Folge zu leisten, indem der Schriftzug mit Sandpapier entfernt wurde, aber die Anti-Atomplakette mit der bekannten gelben Sonne weiter getragen wurde. Die Anweisung wurde später zurück genommen. Auch den Radikalenerlass gibt es nicht mehr und viele Betroffene wurden später eingestellt. Mir zeigt das, dass gewerkschaftliche Aktivitäten und Aktionen sich lohnen und erfolgreich sein können.

forum: Du hast dann eine – zunächst befristete – Stelle in Köln gefunden und bist seit 1987 aktiv in der Fachgruppe Grundschule der GEW Köln. Du hast sehr früh schon in GU-Klassen gearbeitet, seit 1989 nämlich, und hast den GU konzeptionell mit vorbereitet. Dann wurdest du Konrektor an der

GGG Westerwaldstraße in Humboldt-Gremberg, wo du die erste GU-Klasse geleitet hast und wurdest 2001 Schulleiter, zuerst in Vingst, dann 2004 an der GGS Kapitelstraße

Wolfgang: Ich habe als Lehrer und später auch als Schulleiter ein demokratisches und nicht-hierarchisches Verständnis von Schulleitungshandeln vertreten und verstand mich im besten Sinne als Erster unter Gleichen im Kollegium und nicht im Sinne eines an Wirtschaftsunternehmen orientierten Managements. Die Rechte des Kollegiums und der Lehrerkonferenz, die Förderung des guten kollegialen Klimas, Verständnis für die persönliche Belastungssituation der KollegInnen, Freiwilligkeit bei der Umsetzung pädagogischer Innovationen, größtmögliche Partizipation aller Beteiligten bei Entscheidungen in der Schule waren mir ein ganz besonderes Anliegen und eine im Laufe meines Lebens gewachsene Grundüberzeugung.

forum: In der GGS Kapitelstraße habt ihr dann erreicht, dass alle Klassen der Schule GU-Klassen geworden sind.

Wolfgang: Die Zusammenarbeit von Grund- und FörderschullehrerInnen im Team ist nicht mehr aus unserer Schule wegzudenken und davon sind alle überzeugt. Etwas anderes sind die aktuell schlechten Gelingensbedingungen für die Inklusion. Damit auch das Ministerium in den nächsten Jahren zum Umdenken gebracht wird, wird die GEW durch vielfältige Aktionen unseren Forderungen Nachdruck verleihen müssen.

forum: Seit wann bist du PR-Mitglied und seit wann Vorsitzender?

Wolfgang: Ich wurde im Juli 1993 erstmals Mitglied im ÖPR Grund- und Haupt-

schule, ab Juli 2000 Vorsitzender des Personalrats Grund- und Hauptschule beim Schulamt der Stadt Köln. Seit Juli 2008 gab es auf örtlicher Ebene nur noch den Personalrat Grundschule. Da ich ab 01.08.16 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit eintrete, bin ich am 20.08.15 zurückgetreten, um das Amt für meine Nachfolgerin Isabell Gödde-Werth frei zu machen. Bis zur Neuwahl des Personalrats bin ich noch erster stellvertretender Vorsitzender.

Für die GEW und auch mich persönlich war der größte Erfolg nach über 40 Jahren, die VBE-Dominanz im Kölner Grund- und Hauptschulpersonalrat bei der Wahl 2000 zu brechen und die Mehrheit für die GEW mit 27 Stimmen Vorsprung zu gewinnen. Als ich 1993 in den Personalrat kam, hatte die GEW 7 Sitze und der VBE 10. Niemand glaube nach so langer Zeit daran, dass die GEW auf absehbare Zeit die Mehrheit gewinnen könnte. Unsere Strategie war als GEW Fachgruppe Grundschule, auch durch die Teilnahme an Aktionen (zum Beispiel gegen die Sparpolitik) als die aktive Interessenvertretung für Lehrkräfte in Köln bekannt zu sein. Die Zusammenarbeit mit der Stadtpflegschaft Grundschulen bei Aktionen und Demonstrationen war uns wichtig.

forum: War die Mobilisierung der an die Grundschule abgeordneten SonderpädagogInnen ein Grund für den Erfolg bei den PR-Wahlen 2000?

Wolfgang: Mit Doro Kammann kandidierte eine Sonderpädagogin auf einem vorderen Listenplatz und wir versprachen, eine Dienstvereinbarung für die sonderpädagogischen Lehrkräfte zusammen mit dem ÖPR Förderschule abzuschließen. Der VBE war nicht bereit dazu. Das trug dann sicher dazu bei, dass wir die Mehrheit gewannen. Ich erinnere mich noch gut, wie wir gejubelt und dann in einem Cafe in



den wir Mitte August nach Neuwerk ziehen.

forum: Was wünschst du dem PR Grundschulen, der Fachgruppe, dem Stadtverband?

Wolfgang: Erst einmal wünsche ich der GEW, bei den PR-Wahlen das Ergebnis von 2012 zu erreichen und auszubauen. Damit die KollegInnen konsequent vertreten werden, sollte die Beratungskompetenz gut verteilt sein. Wichtig ist für ein starkes Team, gegenüber den kleinen Schwächen des Einzelnen großzügig Verständnis zu zeigen. Wichtig ist es auch, sich nicht zu verzetteln und Schwerpunkte zu setzen. Der Fachgruppe wünsche ich, dass sie viele junge und neue Mitglieder gewinnt und so die GEW Präsenz an den Schulen verbessert. Ein kleiner Grundschultag möge gelingen.

„Wichtige Themen waren für uns immer die Arbeitsbelastung, Stärkung der Rechte der KollegInnen.“

Dem Stadtverband wünsche ich, dass die Mitgliederzahl weiter wachsen möge, dass die Zusammenarbeit in der GEW und ihre Außenwirkung nicht durch persönliche Querelen gelähmt wird. Ich wünsche euch Gelassenheit bei der Austragung von Differenzen. Der GEW ist zu wünschen, dass sie einmal eine richtige Lehrgewerkschaft wird, mit einem Streikrecht für BeamtInnen, bzw. einheitlichem Dienstrecht und gleicher Bezahlung für alle Lehrergruppen. Und ich wünsche mir, dass die GEW-Forderungen zur Inklusion durchgesetzt werden.

Durchsetzen lässt sich das jedoch nur bei hohem Organisationsgrad und einer aktiven Mitgliedschaft. Macht et jot! Ich werde Kölle bestimmt wieder besuchen und dann werde ich dem einen oder der anderen begegnen, worauf ich mich schon freue! Es war eine schöne und erlebnisreiche Zeit hier mit euch und in der GEW! In Hamburg sagt man tschühüss.

Ehrenfeld spontan gefeiert haben. Die Dienstvereinbarung haben wir bald danach abgeschlossen.

Als Personalrat Grundschule ist es uns gelungen, die Beteiligung an Personalversammlungen zu steigern, durch Initiierung eines runden Tisches für Lehrerräte ein Forum für deren Austausch miteinander sowie für die Beratung durch uns zu bieten. Erst seit der GEW-Mehrheit im Personalrat gibt es regelmäßige Personalratsinfos.

Wichtige Themen waren für uns immer die Arbeitsbelastung, Stärkung der Rechte der KollegInnen, Begleitung bei Gesprächen mit der Schulaufsicht oder der Bezirksregierung, Beratung bei Teilzeitkonzepten, Arbeitsbedingungen im GU/Inklusion, fehlende Reinigung in Schulen. Seit 16 Jahren setzen wir uns für ein Jobticket für Kölner Lehrkräfte ein. Dieses

Projekt ist von der Bezirksregierung Köln übernommen worden und es gibt den Auftrag vom MSW für ein Jobticket für alle Lehrkräfte in NRW. Leider werde ich das Jobticket vor Beginn meines Ruhestands nicht mehr miterleben...

forum: Nach deiner Pensionierung wirst du nach Hamburg zurückkehren und zu deiner Lebensgefährtin ziehen.

Wolfgang: Sie war meine erste große Liebe in meiner Jugend. Wir haben vor fast 40 Jahren nicht zueinander gefunden. Jetzt sind wir uns im Sommer 2014 wieder begegnet und aus der alten Liebe ist eine neue Liebe erwacht. Ein großes persönliches Glück für mich. Da sie sich erfolgreich auf eine Lehrerstelle an der Insel-schule Neuwerk vor Cuxhaven, der kleinsten Schule Hamburgs beworben hat, wer-

Besuch des Rheinischen Industriemuseums in Euskirchen-Kuchenheim

Vom Schaf zum feinen Tuch – Tuchfabrik Müller

Mittwoch, 11. Mai 2016

Treffpunkt: 14.15 Uhr Tuchfabrik Müller, Carl-Koenen-Straße 25b, 53881 Euskirchen

Kostenbeitrag: 7 Euro

Bitte verbindlich bei der GEW Geschäftsstelle (0221-516267) anmelden, da die Teilnehmerzahl (25 Personen) begrenzt ist und bei Verhinderung auch wieder abmelden, damit die NachrückerInnen der Warteliste eine Chance haben.

Anreise mit Bahn und Bus: Halbstündlich mit der DB bis Bahnhof Euskirchen, dann mit dem Stadtbus 874/876 bis Haltestelle Kuchenheim, 3 Minuten Fußweg oder mit der DB bis Bahnhof Kuchenheim, 15 Minuten Fußweg.

Sagen und Legenden rund um den Altenberger Dom

Auf den Spuren der Zisterzienser am Dom zu Altenberg

Die Führung dauert etwa 1½ Stunden und die Gruppe ist auf etwa 20 Personen beschränkt; 7 Euro pro Person; feste Schuhe, den Witterungsbedingungen entsprechende Kleidung.

Freitag, 10. Juni 2016, Treffpunkt 15.15 Uhr

(15.30 Uhr beginnt die Führung)

Wir treffen uns an dem Barocktorbogen in Altenberg neben dem Hotel „Altenberger Hof“. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln: S Bahn (S11) bis Bergisch Gladbach; weiter mit dem Bus 432 um 14.13 Uhr in Richtung Schmeisig (Bussteig 4) bis Odenthal-Schule von dort um 14.30 Uhr mit dem BB04 (Bürgerbus) Richtung Odenthal Rathaus bis Odenthal-Altenberg (an 14.33 Uhr) oder mit Bus 222 in Richtung Opladen Busbf. (Bussteig 8) bis Rothbroicher Str. in Schildgen, 3 Min. Fußweg, dann weiter um 15.01 Uhr mit Bus 212 bis Odenthal-Altenberg (an 15.22 Uhr). Ab dem S Bahnhof in Bergisch Gladbach können wir eine Mitfahrmöglichkeit anbieten. Bitte bei der Anmeldung mit Mobilnummer angeben. Unbedingt rechtzeitig abmelden, falls verhindert.

Die nächsten Touren unserer RuheständlerInnen

Das Steilstrecken-Bahnerlebnis mit dem Schienenbus zwischen Linz und Kalenborn

Einladung zu einer Bahnfahrt über Linz am Rhein mit des Kasbachtalbahn nach Kalenborn

Am 17. August 2016

Treffpunkt: Köln HBF, Infopoint um 9.15 Uhr

Abfahrt über Linz (9.38 Uhr) nach Kalenborn (Ankunft 11.19 Uhr)

Es besteht die Möglichkeit, von Kalenborn in einer 1½-stündigen Wanderung zur Alten Brauerei zu wandern oder von Kalenborn mit der Bahn um 12.23 Uhr zur „Alten Brauerei“ zu fahren. Dort ist eine Mittagspause vorgesehen. Um 13.42 Uhr geht es talabwärts nach Linz (Ankunft 13.47 Uhr).

Zeit für einen Altstadtbummel durch Linz oder für Kaffee, Kuchen, Eis, ...

Abfahrt ab Linz 15.53 Uhr, Ankunft in Köln 16.53 Uhr, Fahrtkosten 12 €

Wer bis Linz keine Fahrkarte benötigt (z. B. InhaberInnen des „Aktiv-60-Ticket“ für den gesamten VRS-Bereich), sagt dies bei der Anmeldung und zahlt vor Ort die Kasbachtalbahn. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, bitte in der Geschäftsstelle anmelden (0221-5162667) und bis zum 15. Juli den Teilnahmegebühr auf das Konto des GEW-Stadtverbandes Köln IBAN: DE03 3701 0111 1320 7321 01 einzahlen.

Der Kaltwassergeysir in Andernach

am Donnerstag, dem 15.9.2016

Ablauf des Tages:

9.15 Uhr Treffpunkt am Info-Point des Hauptbahnhofes

9.32 Uhr Gruppenfahrt mit dem Regionalexpress nach Andernach

11.30 Uhr Besichtigung des Geysir-Zentrums

13.05 Uhr Schiffstour zum Geysir

14.35 Uhr Rückkehr nach Andernach; Möglichkeit zum Mittagsimbiss und/oder einer Stadtbesichtigung

16.28 Uhr Rückfahrt

17.28 Uhr Ankunft in Köln

Anmeldung: Der Teilnahmegebühr beträgt 20 Euro pro Person. Bis zu 25 Personen können teilnehmen.

Anmeldung in der Geschäftsstelle der GEW Köln mit anschließender Überweisung der Teilnahmegebühr unter dem Stichwort „Geysir Andernach“ bis zum 30.5.2016 IBAN: SEB AG, IBAN: DE03 3701 0111 1320 7321 01.

„Zukunft bilden!“ – Hier und in Afrika

„Aktion Tagwerk“ ruft im Rahmen der Kampagne „Dein Tag für Afrika“ Schülerinnen und Schüler zur aktiven Zukunftsgestaltung auf



Seit 2003 engagieren sich mit „Aktion Tagwerk“ Jahr für Jahr Schülerinnen und Schüler für ihre AltersgenossInnen in Afrika und verbessern deren Startbedingungen in eine selbstgestaltete Zukunft. Gleichzeitig setzen sie sich mit dem Kontinent Afrika und dem Themenbereich der „Einen Welt“ auseinander.

Die Idee der Kampagne „Dein Tag für Afrika“ ist einfach und bleibt aktuell: SchülerInnen aller Jahrgangsstufen und Schulformen tauschen den Schulalltag mit dem Arbeitsleben. Sie suchen sich einen bezahlten Job und gehen einen Tag lang arbeiten, leisten Hilfsdienste im Familien- oder Freundeskreis oder organisieren Aktionen, wie einen Solidaritätsmarsch „Go for Africa“, einen Flohmarkt oder Kuchenverkauf. Der Erlös ihres Tagwerks geht an Bildungsprojekte für Kinder und Jugendliche in Burundi, Ghana, Ruanda, Südafrika und Uganda. Erstmals werden 2016 auch Bildungsprojekte für junge Geflüchtete in Deutschland

gefördert, um diese auf ihrem Weg der Integration zu unterstützen. „Aktion Tagwerk“ begleitet das Schülerengagement mit zahlreichen Bildungsangeboten im Bereich „Globales Lernen“ sowie unterstützenden Materialien und Hilfestellungen zur Organisation und Durchführung.

Der bundesweite Aktionstag findet am Dienstag, dem 21. Juni 2016, unter dem Motto „Zukunft bilden!“ statt. Schulen haben aber auch die Möglichkeit, ihren Aktionstag an einem Alternativtermin zu veranstalten.

Auf www.aktion-tagwerk.de gibt es Unterrichtsmaterialien zum Download und viele Informationen zur Kampagne „Dein Tag für Afrika“. Ein Klick lohnt sich!

Aktion Tagwerk e.V. | Regionalbüro NRW

Bernard-Custodis-Straße 1 | 55113 Bonn
Telefon: 0228 925 871 0 | Fax: 0228/ 925 871 18
E-Mail: info@aktion-tagwerk.de

Aus Schaden wird man klug...

...und das kostet! In diesem Fall kostet es nicht nur sehr viel, sondern es dauert auch sehr lange. Man schätzt, dass der Wiederaufbau in 30 bis 50 Jahren abgeschlossen ist, über die Kosten äußert man sich eher nicht, aber 350 Millionen könnten es schon sein. Am 3. März 2009, in nur drei Minuten, schien einer der größten Schätze Kölns verloren: Das Historische Archiv der Stadt stürzte ein.

Tausende Regalmeter mit Dokumenten, Urkunden und Fotos aus 1100 Jahren europäischer Geschichte wurden beschädigt, zerfetzt und durchnässt. Wie durch ein Wunder wurden 95 % des Archivgutes geborgen, mit dem Bagger aus dem Tümpel von Schmutz und Grundwasser gezogen. Geborgen heißt allerdings noch nicht gerettet: etwa 62.000 Urkunden, rund 1.800 mittelalterliche Handschriften müssen sortiert, gereinigt und zusammengeführt werden.

Hastig wurden Pakete gepackt und Archivalien auf ganz Deutschland verteilt. Damit keine Pilze und Mikroben entstehen, werden Dokumente bei minus 26 Grad neben Schweinehälften in Kühlhäusern gefriergetrocknet. Länger als ein Jahr können sie dort aber nicht bleiben. Sie



müssen möglichst schnell in geeigneten Räumen bearbeitet werden. Diese Räume befinden sich nun in Porz-Lind.

Im ehemaligen Möbellager der Firma Porta arbeiten 200 MitarbeiterInnen – vor dem Einsturz hatte das Stadtarchiv 35 MitarbeiterInnen. Eine eher unglückliche Arbeitsbeschaffungsmaßnahme – nicht nur mit Pinsel und Pinzette, auch mit Staubtuch. Selbst unbeschädigte Archivalien müssen von Staub befreit werden.

Hier befindet sich auch eine Vakuumgefriergetrocknanlage, in der die von den Schweinehälften zurückgekehrten tiefgefrorenen Schriftstücke schonend auf 18 Grad erwärmt werden. Papier ist geduldig, sagt man, aber nicht unzerstörbar. Bei der Reinigung wird nicht auf Inhalte gesehen, das machen dann andere RestauratorenInnen. Die ursprüngliche Ordnung

ist nicht mehr vorhanden. Auf Regalbrettern von 32 km Länge – die Strecke der A 555 von Köln nach Bonn – wird das Archivgut liegend aufbewahrt und wartet quasi auf die Klugheit aus dem Schaden. Dies ist die Digitalisierung. Man hätte es schon längst tun sollen, jetzt muss man es. Zum Schluss traf ich auch eine gute alte Bekannte aus meiner Kindheit wieder. Frau Monika Frank hatte einige Archivstücke für uns herausgesucht unter anderem das Buch Weinsberg, eine Lieblingslektüre meines Vaters, der uns beim Mittagessen sehr gern an seinem Wissen aus seinen Büchern teilnehmen ließ. Herman Weinsberg, der von 1518 bis 1597 in Köln lebte und lange Rats herr war, hat sein Leben komplett aufgezeichnet, sehr zur Freude meines Vaters. Und zu meiner Freude sind alle vier Bände seiner Biographie unbeschädigt erhalten geblieben und warten auf den Umzug in das neue Historische Archiv, das hoffentlich dort gebaut wird, wo es sich nicht Grund und Boden mit der U-Bahn teilen muss. Verschmutzt, beschädigt, verschüttet und wieder auferstanden. Ein Einblick lohnt sich. Auch Schulklassen können sich im Historischen Archiv der Stadt Köln schlau machen.

Helga Löbbert

Alles neu im HIB?

Mit Sicherheit nicht! Denn schon an meinem ersten Arbeitstag im Kölner GEW-Hochschulinformationsbüro (HIB) wurde mir klar, dass mir mein Vorgänger Martin Mackenbach große Fußstapfen hinterlässt. Zum Glück hat er sich aber vorgenommen, auch seine Nachfolge so gut vorzubereiten wie er bislang das HIB hier in Köln geleitet hat. Mein erster Arbeitstag drehte sich dementsprechend erst mal um sämtliche Strukturen, Ausschüsse und Ordnungen der GEW, die mir bis zu diesem Zeitpunkt noch neu waren. Besonders intensiv wurde es dann auch noch mal auf der anstehenden Klausurtagung der HIBs in Bielefeld.

Doch viel Zeit zum Schwelgen in Erinnerungen blieb nicht, denn weil die Referendaranmeldefrist immer näher rückte, mussten auch die Infoveranstaltungen hierzu organisiert werden. Die „Materie Referendariat“ war für mich als Bachelorstudentin für Gymnasiallehramt im 6. Semester bislang eher Zukunftsmusik, was die Einarbeitung in die Thematik aber nicht weniger spannend machte.



Anneka Hündgen, 23, Lehramtsstudentin im 6. Semester (Gym und GE), ist die neue GEW-Ansprechpartnerin für alle Fragen von Studierenden rund um das Lehramt.

Neue Herausforderungen wird es mit Sicherheit auch weiterhin geben. Das erste Staatsexamen zum Beispiel ist für mich als Bachelorstudentin bestenfalls ein Relikt aus Zeiten, in denen man noch „Studieren konnte, was einen interessiert“. So wird mich in Zukunft voraussichtlich neben dem Referendariat auch das Praxissemester beschäftigen. Die bessere Vorbereitung der Studierenden für ihre Praxisphase ist mir dabei eine Herzensangelegenheit. Gerne würde ich zukünftig auch das Thema „Inklusion“ verstärkt in den Fokus des

HIB Köln stellen. Bislang durfte ich schon wahnsinnig viele Menschen kennenlernen, und ich freue mich auch weiterhin neue Gesichter zu sehen, Kontakte und die Zusammenarbeit zu intensivieren. Für Rückfragen aller Art erreicht ihr mich unter hib-koeln@gew-nrw.de

Bis dahin Anneka

„Das Hochschulinformationsbüro (HIB) ist ein Informations- und Beratungsangebot für Studierende.“

The-matische Schwerpunkte sind zurzeit das Bewerbungs- und Einstellungsverfahren in den Vorbereitungsdienst und praktische Hilfestellung im Praxissemester (in Form von Workshops). Außerdem geht es darum gewerkschaftliche Präsenz an der Hochschule zu zeigen.

Von April 2013 bis April 2016 war Martin Mackenbach unser HiB-Berater.

Drei Jahre lang war er das Gesicht der GEW an der Uni. Außerordentlich kompetent, fachkundig und verständnisvoll hat er die Studierenden beraten und sich darüber hinaus sehr in der GEW engagiert.

Der Stadtverband dankt Martin ganz herzlich für seinen Einsatz.“



Nach einer ersten Demo im Januar (siehe Fotos) haben die angestellten Lehrkräfte in Köln am 16. April bereits eine zweite Aktion durchgeführt. Die Teilnehmerzahl hat sich fast verdoppelt. Der Arbeitskreis Angestellte Lehrkräfte der GEW Köln ruft alle Unzufriedenen auf, sich an weiteren Aktionen zu beteiligen. Informationen auf der Homepage der GEW: www.gew-koeln.de (Kontakt siehe Umschlag)



Ein Jahr später und noch keinen Deut besser:

Entgeltordnung für Lehrkräfte bleibt unzureichend – Die GEW fordert Verbesserungen!

In der letzten Tarifrunde der Länder (März 2015) forderten die GEW und ihre tarifbeschäftigten Lehrkräfte eine bessere Bezahlung der Angestellten – der Deutsche Beamtenbund (dbb) und seine Mitgliedsverbände (VBE, Philologenverband, lehrer nrw, vlw, vlbs) haben in der Tarifrunde einen Tarifvertrag mit den Arbeitgebern (Tarifgemeinschaft deutscher Länder TdL) unterschrieben, der die zentralen Forderungen der GEW nicht erfüllt, sondern stattdessen sogar viele Verschlechterungen in der Eingruppierung mit sich bringt. Dieser Tarifvertrag wird nun seitdem 1. August 2015 auf alle neu eingestellten tarifbeschäftigten KollegInnen angewendet. Die Inhalte des Tarifvertrags zur Eingruppierung (TV EntgO-L) des dbb und der TdL und die Gründe der GEW für die Ablehnung:

Die Forderung nach der Paralleltabelle (A 12–EG 12, A11 – EG 11 usw.) wurde nicht erfüllt:

Weiterhin gilt die Zuordnung: A 12–EG 11, A 11–EG 10 usw.!

Die GEW hatte die Minimalforderung eingebracht, die Entgeltgruppen (numerisch) parallel zu den Besoldungsgruppen zu gestalten. Das hätte für eine Lehrkraft in der Sekundarstufe I und der Grundschule anstelle einer Eingruppierung in die EG 11, eine Eingruppierung in die EG 12 bedeutet. In der Stufe 5 ist das ein Brutto-Gehaltsunterschied von knapp 440 Euro monatlich.

Die Angleichungszulage von 30 Euro brutto für bestimmte Beschäftigungsgruppen ist zu gering und ein Zeitraum zur Erreichung der höheren Entgeltgruppe wurde nicht festgelegt!

Wie das obige Beispiel bereits deutlich zeigt, gleicht eine monatliche Zulage ab dem 01.08.2016 nicht annähernd den Unterschied zur nächst höheren Entgeltgruppe aus – zudem ist kein Zeitraum zum Erreichen der „Paralleltabelle“ vereinbart worden, somit können die Arbeitgeber die Tarifbeschäftigten weiterhin mit „Kleckerbeträgen“ abspeisen.

Weiterhin Eingruppierungen unterhalb der EG 9!

Die Forderung der GEW nach einer Unter-

grenze in der Eingruppierung, nämlich dass keine Lehrkraft unterhalb der EG 9 eingruppiert werden dürfe, ist nicht erfüllt worden – der Tarifvertrag sieht weiterhin Eingruppierungen von Lehrkräften in die EG 7 und EG 8 vor.

Die EG 10 für sozialpädagogische Fachkräfte in der Schuleingangsphase gilt nur in inklusiven Klassen!

Der Tarifvertrag sieht Verschlechterungen für einige Gruppen von Lehrkräften und sozialpädagogischen Fachkräften in der Schuleingangsphase vor. Die ab dem 01.08.2015 neu eingestellten KollegInnen in der Schuleingangsphase erhielten zunächst anstelle der EG 10 nur noch die EG 9, in der Stufe 1 sind das knapp 330 Euro brutto pro Monat weniger. Nachdem die GEW lange die schlechtere Eingruppierung kritisiert hatte wurde in einem Änderungstarifvertrag zwischen dem dbb und der TdL vom 02.02.2016 festgelegt, dass die KollegInnen, die in inklusiven Klassen eingesetzt werden, nun wieder mit der EG 10 bezahlt werden. Das ist aber kein Erfolg, sondern lediglich die Wiederherstellung des Zustandes vor Inkrafttreten des Tarifvertrags.

Die GEW fordert für tarifbeschäftigte Lehrkräfte endlich eine gerechte Bezahlung! Jetzt erst recht!

BESCHLOSSEN: STREIKTAG IN FORM EINER TARIF-KONFERENZ

Nach ausführlicher, teilweise auch kontroverser Debatte beschließen die rund 400 Delegierten des Gewerkschaftstages der GEW NRW (der vom 21. bis 23. April 2016 stattgefunden hat), eine tarifpolitische Konferenz für alle Betroffenen durchzuführen. Diese Konferenz soll im Rahmen eines Streiktages noch vor den Herbstferien 2016 stattfinden. Der Beschluss im Wortlaut:

Der Landesverband NRW führt vor den Herbstferien 2016 eine Konferenz der tarifbeschäftigten Lehrkräfte auf Landesebene durch, um über künftige Forderungen, Strategien und Aktionen der GEW NRW zu beraten. Eingeladen werden alle tarifbeschäftigte Lehrkräfte an Schulen und Hochschulen und andere Interessenten. Auch ReferentInnen aus anderen Landesverbänden (u.a. Berlin, Sachsen), die ein Verhandlungsmandat vom KoVo für Tarifverhandlungen mit ihrem jeweiligen Landes-Arbeitgeber erhalten haben, werden eingeladen. Für die teilnehmenden Tarifbeschäftigten ergeht nach Anmeldung ein personenbezogener Streikaufruf (analog zu den SuE-Konferenzen), so dass die Beratung tagsüber erfolgen kann und selbst bereits eine erste Aktion/Nadelstich darstellt. Ein Mandat dafür wird beim HV beantragt. Mobilisiert wird mit einem aussagekräftigen Plakat, das an jede Schutelle geht und den Umstand benennt, dass keine Friedenspflicht herrscht und Streikgeld sowie Fahrtkosten bezahlt werden.



Fachgruppen | Arbeitskreise

Bei allen Veranstaltungen der Fachgruppen und Arbeitskreise sind Interessierte aus anderen Schulformen und Bildungsreichen herzlich willkommen! Alle Termine finden, wenn nicht anders angegeben, im Kölner DGB-Haus, Hans-Böckler-Platz 1, statt. Fachgruppentermine, die nach Redaktionsschluss eingehen, sind im Internet unter www.gew-koeln.de zu finden.

FG Grundschule

Wolfgang Raabe, Tel.: 02203/51342
Martina Schütte, Tel.: 02236/321318

FG Hauptschule

Karin Distler,
E-Mail: karin.distler@gmx.net
Claudia Seidel, E-Mail:
claudia.seidel1209@googlemail.com

FG Sonderpädagogische Berufe

Heiner Brokhausen, Tel.: 02227/830567
Heinz-Jürgen Kaiser, Tel.: 0221/6161828

FG Gesamtschule

Peter Heim, Tel.: 0221/743094
Werner Balfer, Tel.: 0221/745180

FG Realschule

Maria Backhaus, Tel.: 0221/16932167
Katrin Reininghaus, Tel.: 0221/331647
Elke Görden-Schmickler, Tel.: 0221/419327

FG Gymnasium

Donnerstag, 19.5.16, 19 Uhr
kleines Sitzungszimmer (1. OG)
Fachgruppensitzung
(Schwerpunktthema „Gesündere Schulen durch COPSQQ?“)

Dienstag, 21.6.16, 19 Uhr

Vorstandssitzung
(Strategieplanung; offen für alle)
Dr. Alexander Fladerer,
Tel.: 0221/4305633
Andreas Haenlein, Tel.: 0221/9458678
Heike Wichmann, Tel.: 0221/422354
Gudrun Skeide-Panek, Tel.: 02232/29833

FG Berufskolleg

Jörg Buschmann,
E-Mail: bn@gso-koeln.de
Dimitrios Konstantinidis,
Tel.: 02175/8897946

FG Weiterbildung

Max-Georg Beier,
E-Mail: maxbeier@hotmail.com

FG Kita

Montag, 9.5.2016, 18.30 Uhr
Tagungsraum (EG)
Brunhilde Seeber, Tel.: 0163/9158338

AK LehrerInnen und ErzieherInnen von Migrantenkinder (LEMK)

Der Arbeitskreis LEMK trifft sich gemeinsam mit den Arbeitsgruppen HSU und Seiteneinsteigerklassen (Internationale Förderklassen) jeden 1. Montag im Monat. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen.
Montag, 2.5.2016, Montag, 6.6.2016, Montag, 4.7.2016

jeweils kleines Sitzungszimmer (1. OG)
Beate Kleifgen,
E-Mail: beatekleifgen@web.de
Birten Gündüz, Tel.: 0157-72776261
Hasan Taskale, Tel.: 02204-55869

AK Offener Ganztag

Mittwoch, 11.5.2016, 18 Uhr
Großer Saal (1. OG)
Thema u.a.: Die aktuellen Haushaltsberatungen der Stadt und die möglichen Folgen für den OGS mit dem Vorsitzenden des Kölner Schulausschusses Dr. Nils Henning Schlieben
Max-Georg Beier,
E-Mail: maxbeier@hotmail.com
Hildegard Merten,
E-Mail: hi.merten@web.de

AK Schulentwicklung

Klaus Minartz, Tel.: 0221/526722

AK Inklusion

Uschi Kellermann, Tel.: 0221/16846200

AK Schulsozialarbeit

Johannes Vogel,
E-Mail: ijvogel@t-online.de
Lutz Schörken-Koch,
E-Mail: luschko@web.de

AK Betriebsräte/Mitarbeitervertretungen

Nina Goerges, Tel.: 0221/516267

Unsere Hotline für Betriebsräte und Mitarbeitervertretungen:

betriebsraete@gew-koeln.de ist jederzeit erreichbar.

AK Homosexueller LehrerInnen und Lehrer

Wir treffen uns jeden 1. Donnerstag im Monat zum Austausch über die berufliche und persönliche Situation und alles, was mit dem Thema „Schwule und Schule“ zu tun hat. Wir sind auch offen für lesbische LehrerInnen.

CSD-Teilnahmen als Fußgruppe und/oder Infostand:

Düsseldorf, 27.-29. Mai

(Parade, evtl. Stand-Beteiligung)

Köln, 3.7. (Parade)

Dortmund, 10. September (Parade)

Näheres auf Anfrage
Bodo Busch
E-Mail: bodo.busch@netcologne.de
Björn Kiefer, E-Mail: b.kiefer1@gmx.de

Fachgruppe Hochschule und Forschung

Wir, Angehörige verschiedener Kölner Hochschulen, treffen uns jeden

2. Mittwoch im Monat um 17.30 Uhr im Biozentrum der Universität zu Köln, Zülpicher Straße 47b, Raum 2.009
Anne Klein,
E-Mail: anne.klein@uni-koeln.de

AK Angestellte Lehrkräfte

Montag, 9.5.2016 um 18 Uhr

kl. Sitzungszimmer (1. OG)

Montag, 6.6.2016 um 18 Uhr

Tagungsraum (EG)
Hildegard Achilles,
E-Mail: abhikachilles@web.de
Christina Krautwurst,
E-Mail: christinakrautwurst@gmx.de

AK Aktive Ruheständler

Helga Löbber, Tel.: 0221/7123869

Silke Weinberger-Brümmer,

Tel.: 0221/763379